

republik

5 Euro Dezember 2009

Das unabhängige Magazin für Führungskräfte im öffentlichen Bereich



Warum der Staat den Mörtel rührt

Öffentliche Bauvorhaben am Prüfstand

Worauf bauen Sie, Herr Minister? Reinhold Mitterlehner über Konjunktur und Krise

Fakten alleine sind zu wenig

Kommunikationsprofi Alastair Campbell über Regierungs-PR

Daniel Düsentrrieb auf österreichisch

Patentamt: Wie erfinderisch macht die Wirtschaftskrise?

CROSS CON

ICT CONVENTION VIENNA

27-29 APRIL
2010
MESSE WIEN



The platform for
ICT-solutions

- Economy
- Health Care
- Government
- Technology





Stefan Grampelhuber,
Chefredakteur

Jürg Christandl

Großbaustelle Österreich

860.000 Hektar der österreichischen Gesamtfläche, sieben Prozent aller Wohnungen, rund 3.000 Schulen, Universitäten und Amtsgebäude – Der Staat ist der mit Abstand größte Grund- und Immobilienbesitzer des Landes.

Aber nicht nur das. Wenn die öffentliche Hand ihre Ärmel hochkrempelt und die Mischmaschine anwirft, bleibt kein Stein auf dem anderen: Großbaustelle Österreich. Egal ob Tunnel oder Brücke, Flughafen oder Museum, sozialer Wohnbau oder ein ganzes Stadtentwicklungsareal – der Staat tritt auch als umtriebiger Bauherr und potenter Investor in Erscheinung.

Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gehören Bau-Konjunkturprogramme zum kleinen Einmaleins der Wirtschaftspolitik: Denn wenn die Planierraupe heißläuft und der Caterpillar kracht, können Arbeitsplätze besetzt werden. Und die Gesamtnachfrage steigt unmittelbar.

Können wir uns also zurücklehnen und mit ruhigem Gewissen den Staat die Krise zubetonieren lassen? – Nein, so einfach geht's dann auch wieder nicht. Die Vergangenheit hat uns eines Besseren belehrt: Gerade große Bauprojekte, wie sie die öffentliche Hand in Auftrag gibt, benötigen Vorbereitungen. Es ist keine Seltenheit, dass von der Ausschreibung über die Planung bis zum tatsächlichen Baubeginn mehrere Jahre vergehen. Darüber hinaus entsteht durch zu viele öffentliche Bauprojekte eine gewisse Künstlichkeit am Markt. Die Folge: Staatliche verdrängen private Investitionen.

In der Dezemberausgabe geht das REPUBLIK-Autorenteam der Frage nach, wie der Staat seine Rolle als Bauherr wahrnimmt. Ursula Horvath hat dazu Reinhold Mitterlehner interviewt, sich im Rahmen der Titelgeschichte durch Konjunktur-Zahlenberge gewühlt und sich angesehen, welche Groß-Bauvorhaben in nächster Zeit auf uns zukommen.

Öffentlich-private Partnerschaften (PPP) sind international bereits etablierte Finanzierungsformen, in Österreich gibt es erste Ansätze. Gertraud Eibl bringt dazu einen Status-quo-Report und berichtet über brandaktuelle Stadtentwicklungsgebiete, während sich Andrea Krieger die Architektur am öffentlich-rechtlichen Bau näher zu Gemüte führte, um am Ende sagen zu können: „Nicht nur hübsche Fassaden“.

Stefan Grampelhuber
Chefredakteur

s.grampelhuber@republik-online.at

P.S. Freuen Sie sich schon auf 2010? Wenn nicht, dann haben Sie jetzt einen Grund: REPUBLIK erscheint ab dann monatlich!

republik persönlich

Wer bewegt was

republik schwerpunkt

Öffentliche Bauvorhaben

Titelgeschichte: Warum der Staat den Mörtel rührt
Wie öffentliche Bauaufträge die Konjunktur ankurbeln

Mit Bagger und Kran gegen die Krise
Worauf Wirtschaftsminister
Reinhold Mitterlehner baut

Nicht nur hübsche Fassaden
Wie sich der Staat als Baukünstler verwirklicht

PPP: „Rundum-Sorglos-Paket“?
Nutzen und Wirkung von Public Private
Partnerships am Bau

Kufstein entwickelt Stadtkern
Warum die Stadt umweltbewusster wird

Stadt der Zukunft
Aktuelle Stadtentwicklungsprojekte in Österreich

republik thema

Fakten alleine sind zu wenig
Kommunikationsprofi Alastair Campbell
über Regierungs-PR

Kraftfeld Forschung
Wie sich Österreich als Standort für
die medizinische Forschung etabliert

Pharmaindustrie kämpft ums Image
Aktuelle Studie beleuchtet Vorurteile

Macht uns Europa gesünder?
Wie die EU die Gesundheitspolitik koordiniert

republik projekte

Elektromobilität und Denkmalschutz
Der Klimafonds als weitläufiges Förderinstrument

Wenn der ATX steigt
Financial-Education-Aktion für Schüler

Eine österreichische Lösung
Wie die Abwicklung des neuen
Sicherheitsreisepasses funktioniert

6



Hans Ringhofer

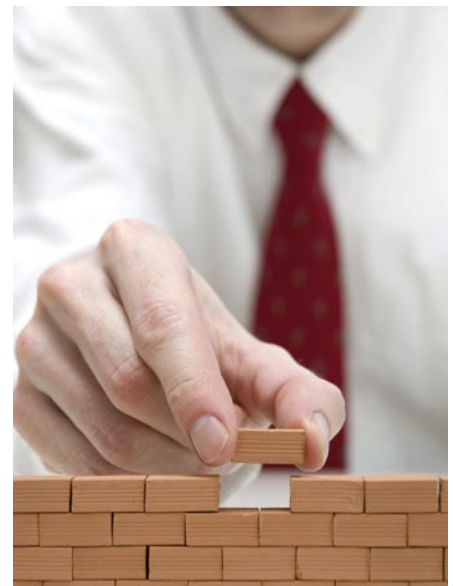
Reinhold Mitterlehner über Konjunktur und
Krise..... S. 16

20

22

25

26



Photos.com

Schwerpunkt öffentliche Bauvorhaben ab S. 10

28

30

32

34



Hans Ringhofer

Alastair Campbell bei der REPUBLIK-Lektüre S. 28

35

36

38

republik serie

Ausgliedert in die Zukunft

Daniel Düsentrieb auf österreichisch

Wie erfinderisch das Patentamt in Krisenzeiten ist

40

republik service & info

KDZ, E-Government-Award

43

Ausstellung im Wien Museum

44

Staatspreis für Erwachsenenbildung, EPSA

45

Buchvorstellungen, UN-Verwaltungspreis

46

Die EU im WWW

47

republik karrieren

Wer macht was

48

republik privat

Renate Brauner: „Ich bin Feuerwehrstadträtin“

50



H. Köppl

Daniel Düsentrieb im Patentamt S. 40



Inge Prader

Privates Interview mit Renate Brauner S. 50

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Österreichischer Wirtschaftsverlag GmbH
Wiedner Hauptstraße 120-124, 1051 Wien T (0 1) 546 64 – 0, F (+43 1) 546 64-528
Geschäftsführer: Thomas Zembacher
DVR-Nr.: 0368491

Objektleiter: Stefan Böck

T (01) 546 64- 380

E s.boeck@wirtschaftsverlag.at

Chefredakteur: Stefan Grampelhuber

T (01) 546 64 – 389

E s.grampelhuber@republik-online.at

Chef vom Dienst: Stephan Strzyzowski

T (01) 546 64 – 381

E s.strzyzowski@wirtschaftsverlag.at

Idee und Projektberatung: FeriThierry

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: Gertraud Eibl, Georg Günsberg, Ursula Horvath, Andrea Krieger, Christian Schneider, Wolfgang Tucek, Lukas Wiesböck, Katrin Zita

Anzeigenleitung: Alfred Vrej Minassian T (01) 546 64 – 280 E a.minassian@wirtschaftsverlag.at

Anzeigenverkauf: Erhard Witty T (01) 546 64 – 283 E e.witty@wirtschaftsverlag.at

Grafisches Konzept: Alois Schwaighofer

Grafik Design: Antonia Stanek

Hersteller: agensketterl Druckerei GmbH 3001 Mauerbach, Kreuzbrunn 19 www.diedrucker.biz

Aboservice: Aboservice Österr. Wirtschaftsverlag, T (01) 740 40 – 7812, F (01) 740 40 – 7813, E aboservice@wirtschaftsverlag.at

Aus Gründen der Textökonomie verzichten wir auf geschlechtsspezifische Ausformulierung und den Verweis auf (nicht-)akademische Titel.

Gesetzgebung leicht gemacht

Manfred Matzka vereinfacht den Weg zum Gesetz.



„Ein Rechtstext durchläuft nun einen durchgehend elektronischen Weg.“

Manfred Matzka,
Bundeskanzleramt

Manfred Matzka kann zufrieden sein. Das Projekt „E-Recht“, für dessen technische Umsetzung der Sektionsleiter im Bundeskanzleramt verantwortlich ist, hat in den vorigen Monaten den letzten Schliff bekommen.

„Ein Rechtstext durchläuft jetzt von der ersten Formulierung eines Gesetzesentwurfs bis zur Kundmachung im Internet einen durchgehend elektronischen Produktionsweg“, erklärt der Jurist. Den Nutzen erklärt Matzka so: „Das E-Recht bringt eine Vereinfachung der einzelnen Arbeitsschritte und vor allem eine deutliche Beschleunigung des Gesetzgebungs- und Kundmachungsverfahrens und ermöglicht obendrein Einsparungen.“ Steuerzahler und Parlamentarier profitieren also gleichermaßen. Auch Fehler, wie

sie bisher beim Eintragen von Änderungen mitunter passiert seien, sollen mit dieser Neuerung der Vergangenheit angehören. Einen Vorteil sieht der 59-Jährige in der optischen Einheitlichkeit der Texte durch spezielle Formatvorlagen: „Dadurch ist alles aus einem Guss – ein Aspekt, den man nicht unterschätzen sollte.“

Just dieser formale Blickwinkel habe ihn allerdings etwas Überzeugungsarbeit in den Ministerien gekostet. Wiederholt hat der Spitzenbeamte einen Einwand gehört, der vielen nicht unbekannt sein dürfte: „Bisher haben wir das immer anders gemacht.“ Jedenfalls macht die Alpenrepublik so ihrem Ruf alle Ehre, in Sachen E-Government ein Spitzenreiter zu sein. Was wohl nicht nur Matzka ein gutes Gefühl gibt.

Kooperation über den großen Teich

Sabine Herlitschka intensiviert Forschungskontakte.



Petra Spiola

„Viele Fragestellungen sind heute zu komplex für einen Kontinent allein.“

Sabine Herlitschka,
Forschungsförderungsgesellschaft

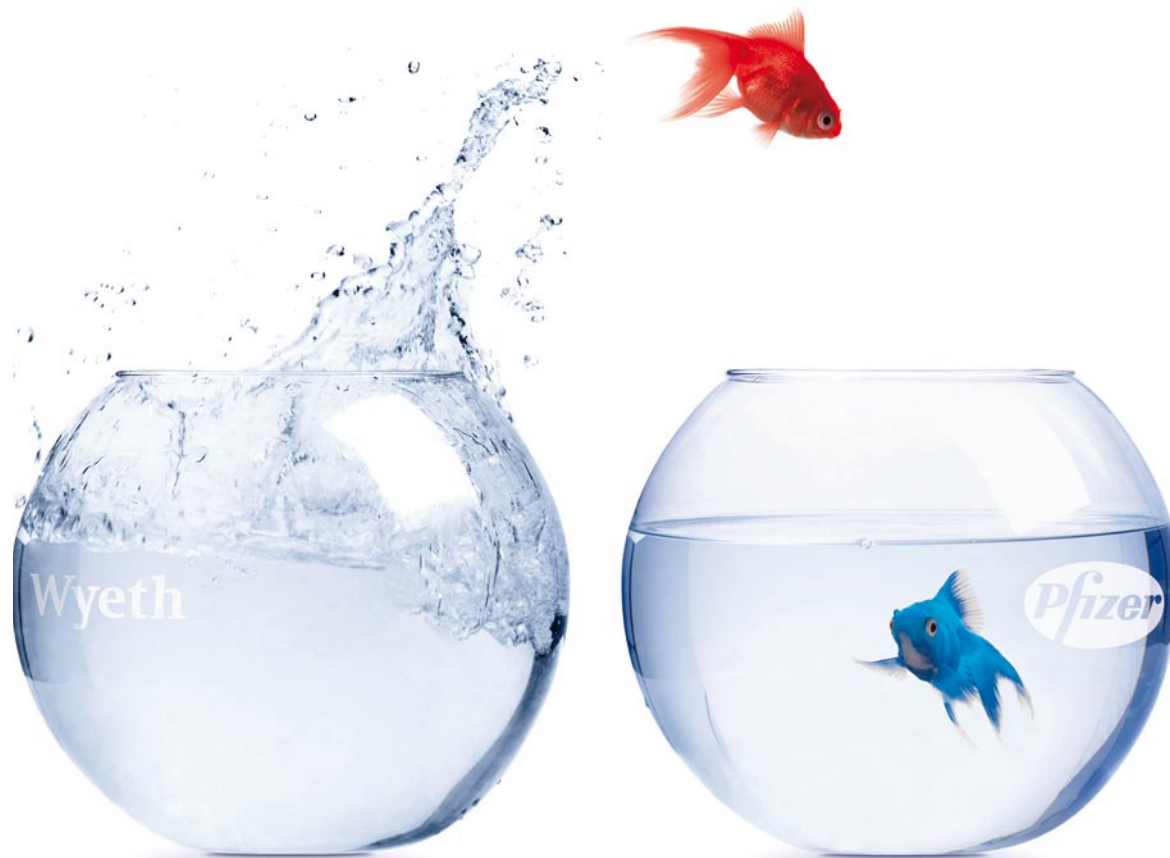
Mit BILAT-USA hat Sabine Herlitschka einen großen Fisch nicht nur für die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) sondern auch für Österreich an Land gezogen: Das mit 713.000 Euro dotierte EU-Projekt soll zwischen der EU und den USA die strategische Zusammenarbeit in Forschungsfragen forcieren. „Viele Fragestellungen sind heute so komplex, dass sie kein Land allein, ja nicht einmal ein Kontinent allein lösen kann“, sagt die Leiterin des Informations- und Beratungszentrums für europäische und internationale Programme im FFG.

Dennoch habe es bisher solche Arbeitsgemeinschaften nur sporadisch zwischen einzelnen Forschern gegeben. „Nun haben wir Rahmenbedingungen und Strukturen für einen verstärkten Austausch geschaf-

fen“, sagt Herlitschka. Die Organisation von Symposien und Workshops steht ebenso am Programm wie eine Web-Plattform für Key-Player in Forschung und Technologie. Die Bereiche erneuerbare Energie, Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und Umwelt gelten als jene Themenfelder, in denen eine Zusammenarbeit vorrangig nötig ist.

Herlitschka hat einen mehrmonatigen Aufenthalt in der Zentrale der amerikanischen Forschungsvereinigung AAAS, der weltweit größten Organisation dieser Art, absolviert und so beste Kontakte zu US-Partnerinstitutionen aufgebaut. Diese kommen der studierten Lebensmittel- und Biotechnologin mit industrieller Forschungs Vergangenheit bei diesem Vorhaben zugute.

Gemeinsam für eine gesündere Welt



Wyeth ist nun ein Unternehmen des Pfizer-Konzerns

Seit 16. Oktober 2009 ist Wyeth ein Teil der Pfizer-Unternehmensgruppe. Mit diesem Zusammenschluss baut Pfizer seine Weltmarktführerschaft in der pharmazeutischen Industrie weiter erfolgreich aus. Unser gemeinsames Ziel ist es, Menschen und Tieren rund um den Globus ein längeres, gesünderes und zufriedeneres Leben zu ermöglichen. Dafür erforschen, produzieren und vertreiben wir innovative Arzneimittel und Produkte – in Österreich und weltweit.

Die Verbindung von Wyeth und Pfizer ermöglicht es, Potenziale beider Unternehmen optimal auszuschöpfen, die Leistungsfähigkeit erheblich zu steigern und neue Maßstäbe für Qualität und Sicherheit zu setzen. Mit der Kombination aus Größe, Flexibilität und Diversifizierung besitzt das neue Unternehmen somit beste Voraussetzungen, um die weltweite Gesundheitsversorgung weiter zu verbessern.

www.pfizer.at www.wyeth.at



Österreichische Handschrift für EU-Gesetze

Barbara Schennach vertritt die Interessen unserer Wirtschaft.



„Wichtig ist der richtige Ansprechpartner zum richtigen Zeitpunkt.“

Barbara Schennach,
WKO

Die Gesetzgebungsprozesse in der EU sind äußerst komplex. Dass am Ende verbesserte Rahmenbedingungen für die österreichischen Unternehmen stehen, ist die Mission von Barbara Schennach, der Büroleiterin der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) in Brüssel. Im Gegensatz zur Situation in Österreich hat die WKO bei der EU keine automatische Begutachterfunktion von Gesetzesprojekten, sobald die Interessen der Wirtschaft betroffen sind. Daher beobachtet Schennach die legislativen Prozesse in den EU-Institutionen ganz genau. Im Fokus sind die Kommission, der Rat und das Parlament. Unterstützt wird sie dabei von ihrem hoch motivierten und jungen siebenköpfigen Team; der Altersschnitt liegt um die 30 Jahre.

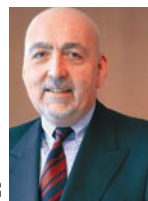
Und zu tun gibt es genug. Denn die Kunst sei, „zum richtigen Zeitpunkt den

richtigen Ansprechpartner“ zu erwischen, um Einfluss auf ein entstehendes Gesetz nehmen zu können. Und der richtige Zeitpunkt ist eben lange bevor die EU-Kommission mit Gesetzesvorschlägen herauskommt. Schon im Vorfeld nimmt sie mit ihrem Team an Konsultationen und Hearings teil, trifft sich im Idealfall mit den EU-Beamten, die direkt am Rechtstext schreiben. „Bilaterale Kontakte auf Expertenebene“, nennt Schennach diese Facette der Lobbyarbeit für die österreichische Wirtschaft.

Praktisch vertraut mit den Funktionsweisen der EU und ihren komplizierten Abläufen ist die 37-jährige Handelswissenschaftlerin schon seit ihrem einjährigen Praktikum in der EU-Kommission zu Studenienzeiten. Seit neun Jahren ist sie jetzt fix in Brüssel, das WKO-Büro führt sie seit Mitte 2005. _____

Übergang in die Low-Carbon-Economy

Heinz Zourek organisiert die Umstellung der EU-Wirtschaft.



„Besonders CO₂-intensive Produktionsweisen müssen vom Markt.“

Heinz Zourek,
EU-Kommission

„Die Eindämmung des Klimawandels wird massive Auswirkungen auf die EU-Wirtschaft haben. Es geht um die Umstellung auf eine so genannte ‚Low-Carbon-Economy‘“, erklärt Heinz Zourek. Als Generaldirektor für Unternehmen und Industrie in der EU-Kommission ist er der ranghöchste EU-Beamte Österreichs. „Je nachdem, wie wir es organisieren, kann das zur Abwanderung von Industriebetrieben oder zu neuen Chancen führen“, sagt er. Denn zuerst müssten Produktionsweisen vom Markt genommen werden, die besonders CO₂-intensiv sind – „eine schmerzhaft Geschichte.“ Der Neuaufbau bringe aber wiederum Chancen.

So skizziert der 59-jährige Volkswagen das Problem: „Es werden Arbeitsplätze verloren gehen und neue entstehen. Das Bittere wird sein, dass es nicht unbedingt dieselben Mitarbeiter betreffen wird.“

Notwendig werde etwa eine Umorientierung der Qualifikationsanforderungen. Und die Rechnung der Industrie bei Klimaschutzauflagen sei einfach: „Ist es rentabel, die Produktion auszulagern und Europa von außerhalb der EU zu beliefern oder zahlen sich Investitionen in Richtung einer Verringerung der CO₂-Emission aus?“ Das eine sei ein kurzfristiges Konzept, „um Schmerzen zu vermeiden“. Das andere ein langfristiges, mit dem durch neue Produktionsweisen und Produkte am Ende Marktanteile ausgebaut werden könnten.

„Es ist eine Frage der Kalibrierung der Politik.“ – Eine arbeitsintensive Aufgabe für Zourek und seine rund 1.000 Mitarbeiter. Er selbst arbeite 13 bis 14 Stunden pro Tag, sagt er. Geht er ausnahmsweise einmal schon um 21:00 Uhr, sei die Hälfte der Büros noch besetzt. _____

Senioren lernen surfen

Barbara Hutter macht ältere Semester Internet-fit.

E-Mail und Browser, Hypertext und Weblog. – Gerade ältere Menschen haben mit Begriffen aus dem World Wide Web kein leichtes Leben. Ein Leben ohne Internet bedeutet jedoch, auf viele Vereinfachungen zu verzichten. Die Initiative „Silberne Surfer“ der Stadt Innsbruck versucht nun, zielgruppenkonforme Antworten zu formulieren und Senioren Internet-fit zu machen. Das Projekt unter Federführung von Barbara Hutter bot zuletzt 40 Personen die Gelegenheit, sich von Schülern in die Web-Welt einführen zu lassen. Vier Innsbrucker Schulen offerieren den Kurs

zweimal jährlich sechs Stunden lang. „Das Besondere an dem Projekt ist nicht nur das Jung-lehrt-Alt-Prinzip, sondern auch die Eins-zu-eins-Betreuung“, erklärt Hutter. Die Senioren hätten dadurch weniger Hemmungen, Fragen zu stellen. Dass die Zusammenarbeit derart gut funktionieren würde, hat Hutter selbst überrascht. „Die Schüler entpuppten sich als wirklich gute Lehrmeister“, freut sich die studierte Betriebswirtin vom Referat für Frauenförderung, Familie und Senioren. Ihr Fazit: Einfach finde sie die Zielgruppe nicht, „dafür aber dankbar“.



Stadt Innsbruck, Fotowerk Atchner

„Die Schüler entpuppten sich als wirklich gute Lehrmeister.“

Barbara Hutter, Stadt Innsbruck

Portal für Öko-Fans

Bernd Vogl erleichtert umweltschonendes Einkaufen.

Dass der Einzelne gegen das Umweltproblem machtlos ist, ist ein gut gepflegtes Klischee. Das Gegenteil beweisen das Web-Portal www.topprodukte.at und Bernd Vogl vom Lebensministerium, der dafür verantwortlich ist: „Private, aber auch Unternehmen finden dort die zehn energieeffizientesten Produkte jeder Kategorie. Bereits jetzt sind 2.600 umweltfreundliche Geräte aus den Bereichen Beleuchtung, Büro, Haushalt, Heizung und Warmwasser sowie Kommunikation,

Mobilität und Heizung gelistet. Und es kommen immer wieder neue Produktarten hinzu – zuletzt etwa die neuen LCD-TV-Geräte.“ „Das Projekt hat sich schnell und gut entwickelt“, sagt Vogl weiter. Die Zugriffszahlen können sich tatsächlich sehen lassen: 25.000-mal pro Monat wird die Website angeklickt. Probleme mit jenen Herstellerfirmen, deren Produkte nicht empfohlen werden, seien überraschend selten, wenn auch nicht ganz ausgeschlossen.



Lebensministerium

„Wir haben bereits 2.600 umweltfreundliche Produkte gelistet.“

Bernd Vogl, Lebensministerium

Niederschwelliges Lernangebot

Petra Renn managt „Mama lernt Deutsch“.

Petra Renn leitet das Erfolgsprojekt „Mama lernt Deutsch“ schon das vierte Jahr. „Das Projekt ist ständig im Fluss“, sagt die Mitarbeiterin der MA 17. So wird die Initiative der Stadt Wien, die bereits 4.100 Mütter zum Sprachkurs in die Schulen und Kindergärten lockte, 2010 wieder um eine Facette reicher: Dann soll es in den Kindergärten zusätzlich einen runden Tisch geben, bei dem „eine Experte für interkulturellen Austausch die Kindergärtnerinnen mit konkreten Informationen betreffend Migration und Integration ver-

sorgt“, erklärt die Absolventin dreier Lehramtstudien. Die größte Herausforderung sei, „auf kurzfristige Gesetzesänderungen sofort zu reagieren“. Neue Vorschriften sind der Grund, warum die Besucherinnenzahlen sinken: „Neuzuwanderinnen müssen meist eine Integrationsvereinbarung erfüllen und daher schneller Deutsch lernen. Dafür ist das Projekt ungeeignet. Die Zahl der Frauen mit geringen Deutschkenntnissen, die schon lange im Land sind, sinkt, weil wir diese Zielgruppe schon optimal erreicht haben.“



„Das Projekt ist ein Wiener Markenzeichen geworden.“

Petra Renn, Stadt Wien

Warum der Staat den Mörtel rührt

Ohne Straße und Schiene keine Mobilität. Keine Ausbildung ohne Schulen und Universitäten. Damit die Volkswirtschaft floriert, muss der Staat die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen. Doch ist es auch sein Auftrag, die Bauwirtschaft anzukurbeln? REPUBLIK analysiert, welche Aufgaben dem Staat als Bauherr zufallen und welche Konjunkturmaßnahmen in naher Zukunft geplant sind.

Von Gemeindeämtern über Schulen bis hin zu Museen und Gerichtsgebäuden: Die öffentliche Hand ist die bei Weitem größte Immobilieneigentümerin des Landes. Insgesamt 2.800 Objekte bewirtschaftet die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG). Insgesamt hat die BIG in den nächsten fünf Jahren 96 Neubauten oder Generalsanierungsprojekte mit einem Investitionsvolumen von über einer Mrd. Euro in der Pipeline. Für die Instandhaltung kommen weitere 140 Mio. pro Jahr hinzu. Zwei Konjunkturpakete, die die österreichische Regierung in den vergangenen Monaten verabschiedete, sollen die marode Bauwirtschaft wieder in Schwung bringen.

„Im Bereich der BIG wurde für 2009 im zweiten Paket eine Bauproduktion von 685 Mio. Euro vorgesehen. Tatsächlich umgesetzt werden voraussichtlich nur 500“, so Manfred Katzenschlager, Geschäftsführer der Geschäftsstelle Bau in der Wirtschaftskammer (WKO). Es wäre wichtig, diese Maßnahmen so rasch wie möglich auszuschreiben, da die Bauwirtschaft im nächsten Frühjahr diese Maßnahmen dringend benötigt.

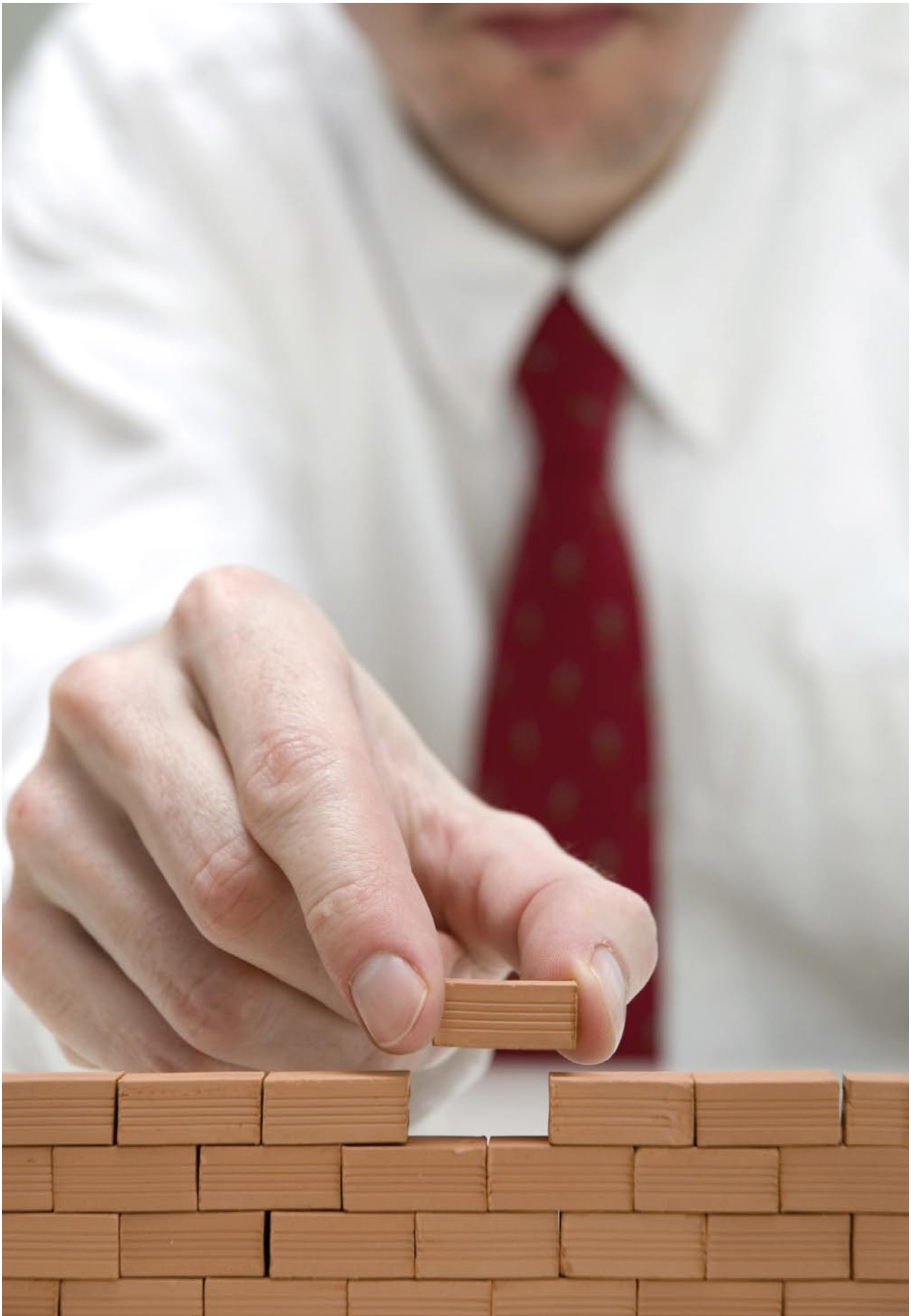
Zahlen-Wirrwarr

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner selbst kündigte in einem Artikel des Magazins „Energy“ im Mai 2009 an,

dass heuer Investitionen in Höhe von 200 Mio. Euro von der BIG vorgezogen werden und im nächsten Jahr weitere 675 zur Verfügung stehen. „Gemeinsam mit den ohnedies schon geplanten Maßnahmen ergibt das ein Gesamtinvestitionsvolumen von mehr als 1,4 Milliarden Euro“, gibt Mitterlehner dort bekannt. Welche zusätzlichen Projekte sollen also realisiert werden? Und sind die Gelder bei der BIG, der größten Gebäudeverwaltung der Republik, bereits angekommen?

Ernst Eichinger von der BIG sagt dazu: „Fakt ist, dass in den vergangenen Jahren im Durchschnitt 360 Mio. pro Jahr in Bauprojekte geflossen sind. Heuer werden nach ersten Hochrechnungen über 500 Mio. investiert, 2010 wird es wohl noch mehr sein.“ Man könne aber nicht einfach Bauprojekte herzaubern, so Eichinger weiter. Die müssten langfristig geplant werden.

„Unsere Linie war von Anfang an klar: Die BIG zieht Investitionen in der Höhe von insgesamt 875 Millionen Euro vor – davon fallen heuer 355 Millionen Euro an sowie 520 Millionen Euro im Jahr 2010. Durch Sanierungen, Instandhaltungen, Neubauten und thermische Sanierung wird die Bauwirtschaft gezielt mit Aufträgen unterstützt“, betont Mitterlehner auf Anfrage von REPUBLIK im November 2009. (s. auch Interview ab Seite 16)



„In konjunkturschwachen Zeiten beschließt die Regierung immer, dass Projekte vorgezogen werden.“

Bernhard Felderer, IHS



IHS

(Keine) Aufgaben des Staates

Diese Zahlenspiele ändern nichts an der Tatsache, dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die öffentliche Hand als potenter Finanzier ein gern gesehener Auftraggeber im Bauwesen ist. Aber gibt es abseits der Krisenhysterie übergeordnete, generelle Aufgaben, die der Staat als Bauherr zu erfüllen hat? Laut Michael Steibl, Geschäftsführer der Vereinigten Industriellen Bauunternehmer (VIBÖ) solle sich der Staat darauf konzentrieren, „die Standortqualität zu verbessern. Eine gute Infrastruktur sichert Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze.“ Für Peter Koren von der Industriellenvereinigung (IV), ist der Staat nicht nur als Geldesel gefordert: „Die öffentliche Hand muss vor allem die geeigneten Rahmenbedingungen für den Ausbau der Infrastruktur schaffen“, erklärt Koren. „Einer zügigen Umsetzung stehen aber oft mangelnder politischer Mut und langwierige Genehmigungsverfahren entgegen.“

„Der Staat muss Straßen, Brücken und Schulen bauen. Eine Stop-and-go-Politik – auch wenn sie die Wirtschaft ankurbeln

würde – ist nicht seine Aufgabe“, sagt Steibl. Wenn in Zeiten der Krise Konjunkturbelebungsmaßnahmen die Beschäftigung in der Baubranche verbessern, könne das immer nur ein Nebeneffekt sein. Wirtschaftsforscher und IHS-Chef Bernhard Felderer warnt vor zu viel Einmischung: „Der Staat hat gegenüber früheren Jahrzehnten dazugelernt. Man versucht jetzt, das Bauvolumen konstant zu halten und Schwankungen wie in den 50er und 60er Jahren zu vermeiden“, sagt Felderer. „In konjunkturschwachen Zeiten beschließt die Regierung immer, dass Projekte vorgezogen werden. Das geht aber nur bei kleineren Bauvorhaben.“ Sehr große Projekte seien nämlich gar nicht von heute auf morgen baureif. Sie brauchen eine gewisse Vorbereitungsphase mit einer umfassenden Planung. Allein die Umweltverträglichkeitsprüfung kann Jahre dauern.

Keine Miete, keine Neubauten

„Die BIG kann eben nur im Auftrag ihrer Nutzer agieren“, sagt VIBÖ-Mann Steibl. „Die angekündigten Mietzinsstundungen waren ein Schritt in die Gegenrichtung.“ Hintergrund: Um Geld zu spa-

KOMMENTAR Feri Thierry



Feri Thierry

Österreich braucht PPP

Zu den ersten Opfern der Wirtschaftskrise gehörte zweifellos die Bauwirtschaft. Der Staat sieht sich gefordert und greift nun in den Markt ein, indem er Bauprojekte vorzieht und somit die Konjunktur ankurbelt. In so außergewöhnlichen Zeiten wie jetzt ein sinnvoller Beitrag, aber kein langfristiges Konzept.

Schwierige Zeiten machen tiefer greifende Veränderungen notwendig: Die Zukunft gehört mehr denn je der Kooperation. Gerade der Baubereich ist prädestiniert für Kooperationen zwischen Staat und Privat – in Form von „Public Privat Partnerships“ (PPP). Dieses Modell geht über die simple Vergabe öffentlicher Bauprojekte an private Unternehmen hinaus: Sie bindet privatwirtschaftliche Effizienz auch in Bereichen des Managements, der Organisation bis hin zur

Finanzierung ein und ermöglicht wesentliche Zusatzvorteile, wie z.B. Einsparungen beim Energieverbrauch.

Mit PPP können viele – oft dringend notwendige – Investitionen in öffentliche Infrastruktur schneller, günstiger und besser umgesetzt werden. Mehr PPP ist gut für den Wirtschaftsstandort, gut für den Wettbewerb und gut für die öffentlichen Haushalte: Ausbau der Infrastruktur, kürzere Projektentwicklungen, raschere Bauzeiten, bessere Nutzung von Know-how und höhere Gesamteffizienz von Investitionen.

Österreich hat großes Potenzial für PPP-Projekte – im Übrigen nicht nur im Baubereich, sondern beispielsweise auch in der IT, der Bildung und der Gesundheit. Dennoch hinkt Österreich in Sachen PPP anderen Ländern wie Deutschland oder Großbritannien hinterher. Die Rahmenbedingungen sind teils unzureichend und in der Politik fehlt es – je nach Ebene – an Commitment oder Know-how.

Deutschland ist da zum Teil erheblich weiter: In einigen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen wurden schon vor einigen Jahren PPP-Taskforces eingerichtet. Und im Frühjahr 2009 wurde

von der deutschen Bundesregierung die „ÖPP Deutschland AG“ als neues PPP-Kompetenzzentrum initiiert. Getragen wird die ÖPP Deutschland vom Bund, einigen Bundesländern, Kommunen und weiteren öffentlichen Auftraggebern sowie über 70 Unternehmen. Die Gesellschaft ist für die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Begleitung der PPP-Projekte des Bundes verantwortlich und steht öffentlichen Auftraggebern als Beratungsdienstleister für PPP-relevante Fragen zur Verfügung.

Auch Österreich braucht PPP. Um es auf den Weg zu bringen, braucht es aber ein politisches Commitment, ein Zugpferd für das Thema und eine Initiativgruppe, die sich um die Weiterentwicklung kümmert. Denn der Budgetdruck wird noch größer werden – und der macht bekanntermaßen kreativ.

Feri Thierry ist Geschäftsführer von Thierry Politikberatung sowie Lehrgangleiter des Masterstudiums „Lobbying/Public Affairs“ an der Akademie für integrierte Kommunikation (BFI Wien) und Vortragender an verschiedenen Bildungsinstitutionen.

ren, hatte Unterrichtsministerin Schmied mit Finanzminister Pröll vereinbart, dass ihr Ressort zwei Jahre lang nur die halbe Miete für Schulgebäude an die BIG abliefern muss. Der Rest soll ab 2011 gezahlt werden. Die BIG könne Mietausfälle zwar verkraften, es sei aber nicht das richtige Signal, wenn Nutzer keine Miete zahlen, kritisiert Steibl.

„Noch wurden keine Vereinbarungen über die Stundung von Mieten unterschrieben“, sagt Eichinger und sieht keinen Grund zur Aufregung. Die Sorge, dass die BIG dann nicht bauen könne, sei freilich unbegründet. „Die BIG finanziert Bauvorhaben meist über den Kapitalmarkt und refinanziert sich durch die laufenden Mieterträge. Daher ist ein unterschriebener Mietvertrag die Basis für jeden Bau“, so Eichinger. Wenn kurzfristig Einnahmen ausfallen, sei das kein Problem. Dann werden einfach mehr Fremdmittel aufgenommen.

Vorgezogene Infrastrukturprojekte könnten nicht nur der Wirtschaft, sondern auch den Studierenden helfen. Denn die Unis leiden unter chronischem Platzmangel, was auch der Politik spätestens seit den Audimax-Besetzungen bewusst sein dürfte. Die BIG hätte jedenfalls nichts dagegen, das eine oder andere Projekt rascher umzusetzen. Man könne diese aber nur früher angehen, wenn die Ressorts auch bestellen, meint BIG-Sprecher Eichinger. Da die Unis mittlerweile autonom sind, müssten sie auch das Geld selbst aufreiben.

In Schiene und Straße wird kräftig investiert

Erfolgreicher sind die Bemühungen auf Straße und Schiene: „Der Staat soll in wirtschaftlich schweren Zeiten durchaus eingreifen“, ist Herbert Kasser, zuständiger Sektionsleiter im Infrastrukturministerium (BMVIT), überzeugt. „Daher wurde von der Regierung ein Zusatzpaket für Schiene und Straße geschnürt. In diesem wurden zusätzlich 700 für die Schiene und 200 Mio. Euro für die Straße beschlossen.“ Dieses Geld wird bis 2012 für vorgezogene Projekte ausgegeben. „Allein für heuer haben die ÖBB ein Budget von 2,2 Mrd. Euro. Es wird mehr gebaut als bisher und



die Investitionen werden noch steigen“, prophezeit Wirtschaftsforscher Felderer.

„In Relation zum Gesamt-Investitionsvolumen machen 200 Mio. wenig Unterschied. Man hat aber Projekte ausgesucht, die man auch rasch und damit beschäftigungswirksam umsetzen konnte“, sagt Steibl von der WKO. „Da es auch darum geht, Beschäftigungsausfälle im Hochbau zu kompensieren, liegt der Schwerpunkt auf der Sanierung der Bahnhöfe.“ 50 Bahnhöfe und Haltestellen werden modernisiert. Selbst der Baubeginn für die Güterzugumfahrung St. Pölten wurde vorverlegt. Die Asfinag wird das Geld nutzen, um Maßnahmen wie die Generalerneuerung der A4-Ostautobahn früher als ursprünglich geplant zu realisieren. Insgesamt werden bis 2014 knapp 22,5 Mrd. investiert.

Klimaschutz beim Bauen

100 Mio. Euro waren im zweiten Konjunkturpaket für thermische Gebäudesanierung vorgesehen. „Diese Aktion hat sehr gut gegriffen“, sagt Katzenschlager von der WKO. Die Bundesregierung fördert damit die thermische Sanierung für den privaten Wohnbau und für Betriebe mit jeweils 50 Mio. Euro. „Vor allem die 50 Millionen für Private waren binnen weniger Wochen vergriffen. Es sollte unbedingt nachdotiert werden.“ Immerhin löse jeder Förder-Euro im Durchschnitt eine Investition von sechs Euro aus. Außerdem

„Die öffentliche Hand muss geeignete Rahmenbedingungen für den Ausbau der Infrastruktur schaffen.“

Peter Koren, IV



Andy Bruckner/IV

„Aufgabe des Staates als Bauherr ist es, die Standortqualität zu verbessern.“

Michael Steibl, VIBÖ



VIBÖE

bekommt der Staat unterm Strich durch Einnahmen aus Umsatz- und Einkommensteuer, Sozialversicherungsbeiträgen und ersparten Arbeitslosengeldern ein Vielfaches von dem zurück, was er an Förderungen ausschüttet.

Öffentliche Hand kurbelt Bauwirtschaft an

Die Konjunkturpakete hätten einen dramatischen Einbruch verhindert, so Katzenschlager. Dass der Staat als Bauherr eine ganz gute Figur macht, beweisen auch die Zahlen: Von Jänner bis Juli 2009 haben die österreichischen Hoch- und Tiefbauunternehmen nach Berechnungen der Statistik Austria einen Bauproduktionswert von 8,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das bedeutet ein Minus von 5,7 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2008. Der Hochbau musste ein Minus von 0,8 Prozent hinnehmen. Im Tiefbau gab es Produktionsrückgänge von 11,5 Prozent.

In jenen Bereichen, in denen der Staat zur Schaufel greift, sieht es rosiger aus: Der Produktionswert der Bautätigkeit für den öffentlichen Sektor lag im ersten Halbjahr mit 3,4 Mrd. Euro um 7,9 Pro-

zent über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die öffentlichen Aufträge sind im Sektor Tiefbau lediglich um 4,6 Prozent gesunken. Im Hochbau ist die Investitionssumme der öffentlichen Hand sogar um 41,6 Prozent gestiegen. „Hier ist die kompensierende Wirkung des Staates gut erkennbar. Allerdings zählen zu den Aufträgen der öffentlichen Hand – vor allem im Hochbau – auch jene der Länder und Gemeinden. Die Länder haben auch kräftig antizyklisch investiert“, analysiert Felderer.

Für die ausführenden Unternehmen steigern öffentliche Bauaufträge nicht nur den Umsatz, sie sind mitunter auch eine Herausforderung. „Da diese tendenziell volumsstärker als private sind, ist meistens auch von einer größeren Komplexität in der Projektabwicklung auszugehen“, erklärt Porr-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Hesoun. „Der öffentlichen Hand bleibt die politische Letztverantwortung für eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur, die durch geeignete finanzielle, organisatorische und verfahrensrechtliche Rahmenbedingungen ermöglicht werden muss. Diese Verantwortung ist nicht delegierbar.“

INFORMATION

Aktuelle Großbauprojekte der öffentlichen Hand



Dieter Mathoi Architekten und Architekturbüro d4 z1 GmbH

Justizzentrum in Korneuburg

27.500 Kubikmeter Beton und 3.000 Tonnen Stahl werden für das Justizzentrum in Korneuburg verarbeitet. Seit 21. September wird gebaut, bis 2011 soll das Justizzentrum – bestehend aus Landes- und Bezirksgericht, Staatsanwaltschaft und einer Justizanstalt – fertig sein. Insgesamt investiert die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) 75 Mio. Euro. Bei der BIG ist man stolz auf „das energetische Vorzeigeprojekt“. Gebaut wird auf Niedrigenergiehaus-Standard mit Passivhaus-elementen.



studio:baff

Universitätszahnklinik in Wien

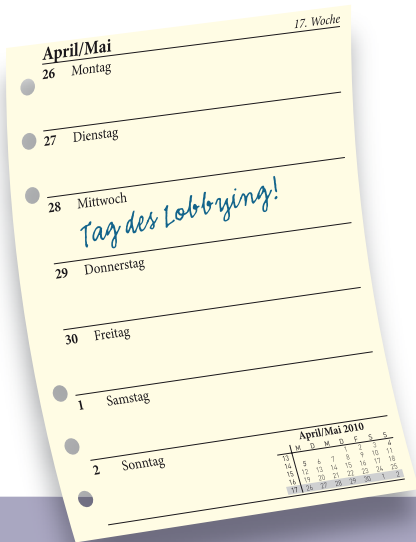
Die Dachgleiche ist bei der Bernhard-Gottlieb-Universitätszahnklinik (vormals Wiener Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) erreicht. Bis 2011 soll das 70-Mio.-Euro-Projekt abgeschlossen sein. Derzeit wird das aus dem 18. Jahrhundert stammende Gebäude einer Generalsanierung unterzogen und ein Erweiterungsbau errichtet.



Hertha Humaus

Science Park in Linz

Die Johannes-Kepler-Universität in Linz wächst: Der erste Bauabschnitt des Science Parks (Kosten: 30 Mio. Euro) wurde bereits eröffnet. Jetzt werden weitere 60 Mio. Euro in den zweiten und dritten Bauteil und die Vergrößerung des Juridicums investiert. Durch finanzielle Mittel aus dem zweiten Konjunkturpaket kann mit dem 3. Bauteil bereits Anfang nächsten Jahres (statt Mitte 2010) begonnen werden.



Effektives Lobbying anhand von relevanten Praxisbeispielen

Themenhighlights

- Effizientes Lobbying in Brüssel, aufgezeigt anhand der CO₂-Verordnung für PKW
- Wie Mobilisierung im Web funktioniert
- Professionelles Netzwerken an den Schaltstellen der Macht
- Wie man internationale Public Affairs koordiniert und managt
- Was sich Politiker, Sektionsleiter, Kabinettschefs, Klubreferenten von Lobbyisten erwarten
- Meinungsforschung als Instrument der Public Affairs

Folgende Referenten sind u. a. mit dabei:

- Mag. Lorenz Birklbauer, OMV AG
- Mag. Alexander Egitz, Greenpeace
- Dr. Hanns Glatz, CNC Communications & Network Consulting
- Dr. Peter Hajek, Hajek Public Opinion Strategies
- Mag. Georg Ortner, Büroleiter Staatssekretär Schieder
- Dr. Roland Pichler, GlaxoSmithKline Pharma GmbH

Termin: 28. April 2010

Ort: Wien

Kongressfolder anfordern unter: www.RedEd.at

Infos und Anmeldung: Mag. Anja Skribot
E a.skribot@RedEd.at • T (01) 546 64-145
F (01) 546 64-514 • Info/AGB unter www.RedEd.at



Mit Bagger und Kran gegen die Krise

Seit der Großen Depression der 1930er Jahre gelten Bau-Konjunkturmaßnahmen als potenzielle Heilmittel in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Aber wie steht es damit heute? REPUBLIK sprach mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner über die Rolle des Staates als zukunftsorientierter Bauherr, neue Strategien in Krisenzeiten – und fragte ihn, wie sich die öffentliche Hand das alles leisten kann.

Was muss die öffentliche Hand tun, um in Krisenzeiten mit Bauvorhaben die Wirtschaft optimal anzukurbeln?

Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise war es enorm wichtig, dass in Österreich zahlreiche Infrastrukturinvestitionen vorgezogen wurden, um die Bauwirtschaft anzukurbeln. Zusätzlich sorgt eine Beschleunigung im Vergabeverfahren dafür, dass öffentliche Aufträge schneller bei den Betrieben ankommen. Im Frühjahr wurde zudem eine äußerst erfolgreiche Förderaktion für die thermische Sanierung lanciert.

Insgesamt stützen diese Maßnahmen nicht nur die Baufirmen, sondern auch die vielen Nebengewerbe – von den Verspachtlern über die Elektriker und Installateure bis hin zu den Malern oder anderen Handwerkern. Mit den neuen Aufträgen werden Betriebe auf dem Höhepunkt der Krise unterstützt, was Tausende Arbeitsplätze sichert und neue schafft. Damit ist der Grundstock für ein kräftiges Wachstum gelegt, was sich ab dem nächsten Jahr positiv auswirken sollte.

Wie wird sichergestellt, dass sich der Staat die Ausgaben für vorgezogene Bauprojekte leisten kann?

Diese Maßnahmen wirken jetzt konjunkturbelebend, nach dem Ausbau oder der Sanierung der einzelnen Projekte werden die Ausgaben der Bundesimmobilien-

gesellschaft (BIG) langfristig über höhere Mietzahlungen der Bundesmieter wieder eingespielt. Generell ist für mich aber klar, dass der Staat so wenig wie möglich in eine Marktwirtschaft eingreifen soll. Wenn pausenlos Impulse zur Ankurbelung der Nachfrage gesetzt werden, erzeugt das eine Künstlichkeit auf dem Markt, die zu noch größeren Problemen führen kann.

Wie schätzen Sie rückblickend die Wirkung der Förderaktion für thermische Sanierungen ein?

Hervorragend. Die thermische Sanierung war wohl die beste und attraktivste Förderaktion, die wir bisher durchgeführt haben. Aus einer durchschnittlichen Förderhöhe von 4.300 Euro entsteht im Schnitt eine Investitionssumme von 34.000 Euro.

Insgesamt wurden bisher Investitionen von rund 660 Millionen Euro ausgelöst. Auch der positive Beitrag zum Klimaschutz ist beachtlich: Allein dank dieser Aktion können pro Jahr 89.000 Tonnen CO₂ eingespart werden, auf die gesamte Nutzungsdauer werden es sogar rund 2,23 Millionen Tonnen CO₂ sein. Dazu kommt: Neben den unmittelbaren Effekten hat diese politische Offensive einen breiten Diskussionsprozess zum Thema Energiesparen ausgelöst, was Österreich bei der Erreichung der Energie- und Klimaziele bis 2020 helfen wird.

ZUR PERSON

Reinhold Mitterlehner

Reinhold Mitterlehner ist seit Dezember 2008 Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend. Von 1992 bis 2000 war er Generalsekretär des Wirtschaftsbundes in Wien, ab Juli 2000 war er Generalsekretär-Stellvertreter der Wirtschaftskammer Österreich. Von 2000 bis 2008 war Mitterlehner Mitglied des Nationalrates, von 2001 bis 2008 außerdem Obmann des Parlamentarischen Wirtschaftsausschusses. Der Oberösterreicher hat Rechtswissenschaften in Linz studiert.



„Die thermische Sanierung war die beste und attraktivste Förderaktion, die wir bisher durchgeführt haben.“

Bestehen angesichts der großen Erfolge Chancen auf eine Fortsetzung der Förderungsaktion?

Schon die bisher gesetzten Maßnahmen erzielen eine beträchtliche Wirkung. Allerdings könnten im Rahmen der neuen Energiestrategie, die derzeit erstellt wird, weitere Anreize für thermische Sanierungen gesetzt werden – auch wenn die Mittel dafür aufgrund der bisher gesetzten umfassenden Konjunkturmaßnahmen noch limitiert sind.

Allein in die jüngste Förderungsaktion des Bundes sind ja 100 Millionen Euro geflossen. Zusätzliche Unterstützungen gibt es natürlich auch weiterhin von den Bundesländern.

Wie wird der Staat seiner Vorbildfunktion als zukunftsorientierter Bauherr gerecht? Es waren ja auch Zusatzinvestitionen der Ministerien in die thermische Sanierung zugesagt.

Es werden laufend Projekte in Angriff genommen, wobei die Umsetzung des Konjunkturpakets durch die BIG weitgehend von den Bestellungen jener Ministerien abhängt, die die Gebäude nutzen. Um Aufträge zur thermischen Sanierung leichter finanzierbar zu machen, bietet die BIG ihren Mietern nun ein Ko-Finanzierungsmodell von 70 zu 30 an.

Das heißt, dass der Mieter nach Abschluss der Sanierung künftig nur mehr

für 70 Prozent der Investitionskosten eine höhere Miete zahlen muss. 30 Prozent übernimmt die BIG selbst. Diese Maßnahme soll dazu führen, dass die geplanten Investitionen von 300 Millionen Euro für 2009 und 2010 wie geplant getätigt werden können.

Welchen konkreten Beitrag leistet dazu das Wirtschaftsministerium?

Das Wirtschaftsministerium geht mit gutem Beispiel voran, obwohl es im Vergleich zu anderen Ressorts nur in wenigen Gebäuden, die im Eigentum der BIG stehen, eingemietet ist.

Dennoch hat allein das Wirtschaftsressort mit der BIG Verträge über thermische Sanierungen im Wert von rund drei Millionen Euro abgeschlossen. So werden Gebäude des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen in Eisenstadt, Baden, Salzburg, Leibnitz, Graz, Oberwart, Völkermarkt und Bruck an der Mur thermisch saniert.

Dazu kommen im Bereich der Zentralleitung das Gebäude der Bergbausektion in der Denigasse sowie die Beschussämter in Ferlach und Wien-Süssenbrunn. Die Bauarbeiten beginnen heuer und werden über die nächsten zwei Jahre durchgeführt. Somit nimmt das Wirtschaftsministerium auch Geld aus dem eigenen Budget in die Hand, um die Sanierung zu ermöglichen. _____

IKT for Government

Die Optimierung von Prozessen und Geschäftsmodellen mittels IKT-Lösungen wird immer wichtiger für nachhaltigen Erfolg und Effizienz - auch im öffentlichen Bereich. Mit der ersten Ausgabe der CROSS CON von 27. bis 29. April 2010 bietet die Messe Wien Entscheidern eine neue Plattform, die den Dialog zwischen Experten, Branchenkennern, Anbietern und Nutzern fördert.



Copyright: Reed Messe Wien Intercolor

Die als Convention konzipierte CROSS CON will vor allem eines bieten: internationales Networking auf höchstem Niveau, verbunden mit dem Ziel, das enorme Potenzial der österreichischen IKT zu nutzen und Anwendern gezielt und effizient bereitzustellen. Die CROSS CON, die im Portfolio von Reed Exhibitions die IKT-Fachmesse ITnT ersetzt, konzentriert sich dafür auf vier hochaktuelle IKT-Themenblöcke:

Health Care, Government, Business und Technology. Die jeweiligen Zielgruppen werden durch ein hochwertiges Kongressprogramm, Networking-Events sowie Socialising-Elemente eingebunden.

„Das Segment der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist die stärkste und zukunftsorientierteste Branche Österreichs mit der größten Wertschöpfung“, betont themenverantwortlicher Geschäftsführer bei Veranstalter Reed Exhibitions Matthias Limbeck. „Gerade jetzt brauchen Entscheidungsträger eine noch effizientere Plattform, um im Informationsaustausch wirtschaftliche Lösungsansätze zu erarbeiten. Die CROSS CON schafft dafür den idealen Rahmen.“

Vielfältiges Kongressprogramm

Die inhaltliche Angebotspalette der CROSS CON ist breit gefächert. In Key Notes, Round Tables und Case Studies werden auf den Themenbühnen IKT-Lösungen für Entscheider in den vier zentralen Themenbereichen der CROSS CON präsentiert, aufbereitet und diskutiert. Als übergeordnetes Thema steht Prozess- und Geschäftsoptimierung im Mittelpunkt. Die Idee der matrixartigen Veranstaltungsstruktur besteht darin, dass sich die Fachbesucher – also zum Beispiel Entscheidungsträger aus dem Health-Care-Segment – über IKT-Lösungen für einzelne Unternehmensbereiche wie etwa Controlling, Einkauf und Logistik oder Human Resources informieren und austauschen können. Dadurch soll das Potenzial von

IKT-Lösungen aufgezeigt und den Anwendern gezielt und effizient nähergebracht werden.

„Die CROSS CON folgt dem internationalen Trend und ist ein moderner Themenkongress, welcher die Digital Natives und die Digital Immigrants vereint“, ist Christian Rupp, Sprecher der Plattform Digitales Österreich im Bundeskanzleramt, vom Konzept überzeugt. „Die Anwendungen moderner Informations- und Kommunikationstechnologien halten in allen Branchen und Bereichen Einzug. IKT verändert zunehmend unseren Arbeits- bzw. Lebensstil und damit nachhaltig das Wirtschaften und die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen.“

Networking auf hohem Niveau

An insgesamt drei Konferenz- und Diskusstagen haben die Gäste aus den verschiedensten Fachebenen die Möglichkeit, in über 90 Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Workshops und Netzwerkgruppen mit Anbietern und Entwicklern in einen Dialog zu treten.

Kommunikations-Lounges laden zum direkten Gedankenaustausch ein, allabendliche Themenpartys dienen dem entspannten und ungezwungenen Networking auf höchstem Niveau.

Programmhilights:

- Eröffnungspressekonferenz
- Über 90 Vorträge und Workshops zu den aktuellsten Themen der Branche
- Abendliche Themenpartys, Working Breakfasts
- IKT-Podiumsdiskussion zum Abschluss der Convention

Factbox

Die CROSS CON im Überblick

Datum: Dienstag, 27. bis Donnerstag, 29. April 2010

Ort: Messe Wien, Halle D

A-1020 Wien

Eingang D, Trabrennstraße

Der Fokus der CROSS CON 2010 liegt auf IKT-Lösungen für Prozess- und Geschäftsoptimierung

Prozessmanagement/Verwaltungsvereinfachung/

Cost reduction

Compliance/Governance

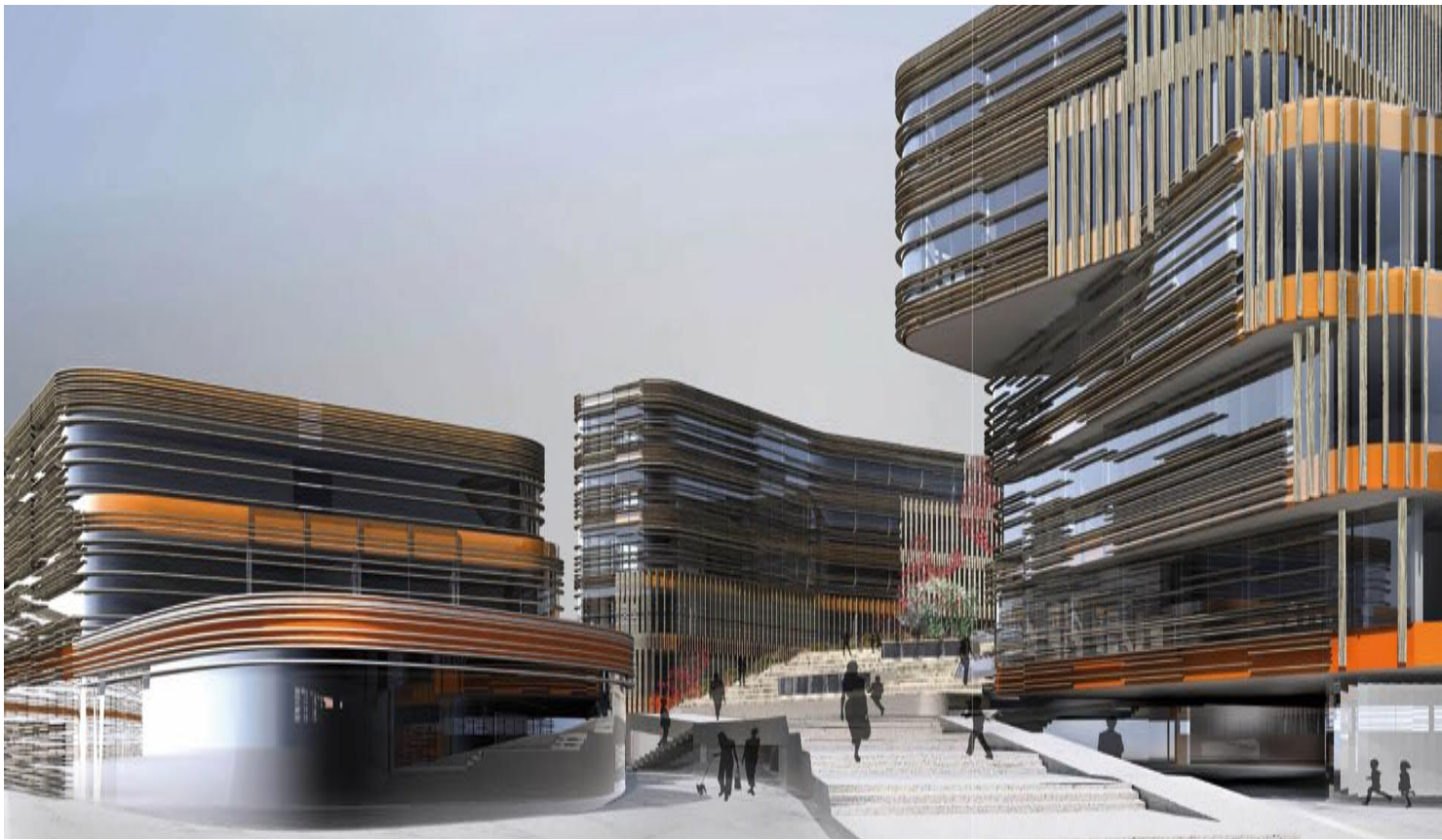
Sustainability/Energy

Controlling

Einkauf/Logistik

Human Resources

Nicht nur hübsche Fassaden



Crab Studio

Architektur bedeutet mehr, als ein Haus zu bauen. Ja, auch mehr, als ein schönes Haus zu bauen. Aber welche Rolle nimmt Architektur bei öffentlichen Aufträgen ein? Und welche Anstrengungen werden vom Staat unternommen, um seiner baukünstlerischen Vorbildrolle gerecht zu werden? REPUBLIK hat bei Experten nachgefragt.

Universitäten und Museen, Bahnhöfe und Flughäfen: Mit öffentlichen Bauten hat der Staat wie in keinem anderen Bereich die Chance, der Umgebung Identität und Charakter zu verleihen. Beim alljährlichen Bauboom, der von der öffentlichen Hand in Schwung gebracht wird, stellt sich also die Frage, wie mit dem Thema Architektur umgegangen wird. Was macht nun ein so genanntes Monument aus? Eine hübsche Fassade alleine reicht jedenfalls nicht aus.

„Ästhetik, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit“ ist die knappe Antwort von Christoph Stadlhuber, Geschäftsführer der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG). Jede dieser drei Anforderungen müsse erfüllt werden. „Denn wozu sind Bauten internationaler Star-Architekten

gut, wenn die Benutzer sich darin nicht wohlfühlen? Wirtschaftlichkeit wiederum ist schon allein deshalb wichtig, weil wir indirekt mit Steuergeldern bauen.“

Architekten-Casting

Ob Haus der Forschung, neuer WU-Campus, Wiener Hauptbahnhof oder Ars Electronica-Erweiterung: Seit den 1990ern entscheiden verstärkt Wettbewerbe darüber, wie mit öffentlichen Geldern gebaut wird. „Wettbewerbe gab es zwar auch schon davor, mittlerweile wird aber jeder Neubau auf diese Weise abgehandelt“, sagt Franz Kobermaier von der MA 19, der Fachdienststelle für Architektur und Stadtgestaltung der Stadt Wien. Während die BIG sich zu offenen, EU-weiten Wettbewerben bekennt, setzt die MA 19 bei städtischen Großbauten auf geladene



Projekt „WU neu“: Das Department und die Spezialbibliotheken werden vom Londoner Architektenbüro Crab Studio entworfen.

Wettbewerbe: „In diesem Fall erfolgt ein allgemeiner Aufruf. Aus den Einsendungen wählen wir dann jene Architekten aus, die wir zum Wettbewerb einladen.“ Grund der Vorselektion: „Bei Großprojekten kommen nur jene Architekturbüros in Frage, die die nötige Erfahrung und entsprechende Referenzen mitbringen.“ Die Jury besteht aus Architekten sowie Behörden- und Interessenvertretern.

Aber auch die privaten Bauträger dürfen nicht einfach bauen, wie es ihnen in den Kram passt. „Über 10.000 Bauvorhaben haben wir 2008 auf ihre gestalterische Qualität geprüft“, erzählt Kobermaier. „Und je größer der Bau, desto kritischer sind wir.“ Der Dienststellenleiter würde sich wünschen, dass auch die Privaten Wettbewerbe veranstalten, zwingen kann er diese aber nicht dazu. Manchmal hat Kobermaier aber Glück: „Bei Peek & Cloppenburg sind wir mit diesem Vorschlag zum Beispiel offene Türen eingerannt.“

Was die Fassade anbelangt, lautet die Vorgabe bei städtischen wie privaten Bauten: Moderne Häuser sollen auch so aus-

HINTERGRUND

WU

Die neue WU ist derzeit das größte Bauprojekt im Lande. Kürzlich erfolgte der Spatenstich für den Neubau zwischen Messegelände und Prater. Ab Oktober 2013 sollen 25.000 WU-Studenten in den neuen Räumlichkeiten Platz finden. Die Gesamtkosten betragen 490 Mio. Euro exkl. 46 Mio. Euro Einrichtungskosten. Gegenwärtig laufen die Abbrucharbeiten, im Oktober 2010 beginnt dann die Arbeit am Rohbau des 90.000 m² großen Campus.

Mit der Planung der sechs Gebäudekomplexe beauftragte die BIG im Rahmen eines freien Architekturwettbewerbes Büros aus aller Welt. Star-Architektin Zaha Hadid wird das Herzstück, das Library and Learning Center, gestalten, Eduardo Arroyo aus Madrid die Executive Academy. Österreich ist mit der Wiener BUS Architektur vertreten, ihr obliegt auch die Generalplanung.

Die Beauftragung mehrerer Architekten soll einen – durchaus beabsichtigten – Stilmix bewirken. BIG-Sprecher Ernst Eichinger: „Wir wollten keinen Einheitsbrei, sondern eine heterogene Gebäudestruktur, die trotz der unterschiedlichen Ansätze zu einem Campus verschmilzt.“ Das Echo ist überwiegend positiv. Negativ reagierte nur die Wiener Architektenlegende Wilhelm Holzbauer: „Aus jedem Dorf ein Hund“, kritisiert er.

sehen dürfen. Kobermaier: „Wir bekennen uns zu einer zeitgemäßen Architektur, auch im historischen Kontext. Es gibt genug Kriterien, um zu einem harmonischen Ergebnis zu kommen. Mit den passenden Materialien und Proportionen kann das gut funktionieren.“ Als gelungenes Beispiel nennt er etwa den noch unferntigen Zubau zum Palais Schwarzenberg.

Bevölkerungsakzeptanz

Neubauten inmitten historischer und denkmalgeschützter Gebäude sind ein heißes Eisen. Wobei das Problem nicht neu ist. Schon Karl Kraus ließ Nostalgikern ausrichten: „Auch Alt Wien war einmal neu.“ Damit reagierte der kulturkritische Schriftsteller auf eine Flut von öffentlichen Äußerungen, in denen um 1900 der Verlust vertrauter Stadtbilder und die drohende „Amerikanisierung Wiens“ beklagt wurde.

Abteilungsleiter Kobermaier glaubt jedenfalls an den Gewöhnungseffekt: „Es mag schon sein, dass ein neues Objekt anfänglich irritiert. Aber man wird damit



Ars Electronica Center

Ars Electronica Center in Linz: Leuchtende Fassade als architektonischer Eye-Catcher.

vertraut. Bestes Beispiel dafür ist das Haas-Haus am Stephansplatz.“ Nicht zuletzt, um die Publikumsreaktionen besser einschätzen zu können, sitzen auch Vertreter der Öffentlichkeit in der Jury von staatlichen Architekturwettbewerben. Außerdem baue man auf eine intensive Vorab-Information der Bürger.

Kein „Brillantring am Finger“

Andere Städte, andere Bedingungen: Die heurige Kulturhauptstadt Linz, die wenige historische und denkmalgeschützte Bauten hat, tut sich leichter mit moderner Architektur. Zuletzt wurden dort wieder emsig Kulturbauten errichtet. Das Wiener Architektenbüro Treusch durfte das Ars Electronica Center erweitern und mit einer in verschiedenen Farben leuchtenden LED-Fassade ausstatten. „Die Bauten wären zwar ohnehin gekommen, aber das Kulturhauptstadtjahr war ein unumstößliches Ultimatum“, sagt Gunther Amesberger, Stadtentwicklungsdirektor von Linz. Zumal die Stadt in Sachen Kulturbauten einen Nachholbedarf hatte.

„Bis spät ins 20. Jahrhundert hatten wir zu wenig kulturelle Infrastruktur für die Größe der Stadt. Mit der Fertigstellung des Musiktheaters 2012 wird das Angebot dann aber ausreichend sein“, so Amesberger weiter. Repräsentationsgebäude wie das Musiktheater, ein schalenförmiger Bau des Briten Terry Pawson, erwecken leicht den Eindruck, Baukunst sei etwas Elitäres. „Wer Architektur aber als Brillantring am Finger sieht, der irrt“, warnt Architektenkammer-Präsident Georg Pendl. Was er hingegen fordert, ist eine österreichweite Koppelung der Wohnbauförderung an „eine gewisse Bauqualität“.

PPP – „Rundum-Sorglos-Paket“?

In Großbritannien haben sie eine lange Tradition, in Deutschland sind sie gefragt wie nie zuvor, in Österreich etablieren sie sich gemächlich: Bei Public Private Partnerships, kurz PPP, soll es zu fruchtbaren Kooperationen zwischen öffentlicher Hand und privaten Trägern kommen. REPUBLIK zeigt auf, wie PPP bei öffentlichen Bauvorhaben funktioniert.



„Nordkettenbahnen neu“: Die futuristischen Stationen sind zu heimlichen Wahrzeichen von Innsbruck geworden, das gesamte Projekt wurde via Public Private Partnership abgewickelt.

Die Definition im PPP-Grünbuch der Europäischen Kommission ist etwas umfassender: Darin werden Public Private Partnerships als „eine auf Dauer angelegte Kooperation von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft bei der Planung, der Erstellung, der Finanzierung, dem Betreiben oder der Verwertung von (bislang) öffentlichen Aufgaben mit angemessener Verteilung der Risiken und Verantwortlichkeiten“ definiert. Kurzum: PPP eignen sich für Projekte, die den gesamten Lebenszyklus eines Objektes und seines Betriebes fokussieren. Partnerschaften zwischen Staat und Privaten sind also vor allem bei hohen Infrastrukturaufwendungen zu finden.

Länder als treibende Kräfte

Um PPP-Kompetenzen auf Bundesebene zu bündeln, wurde 2007 – also während der vorigen Bundesregierung – ein eigenes Kompetenzzentrum initiiert. Federführend war das Finanzministerium (BMF), darüber hinaus waren das Infrastrukturministerium (BMVIT) und das Bundeskanzleramt (BKA) an Bord. „Ziel war es nicht, PPP zu zentralisieren, sondern eine Bestandsaufnahme aller bisherigen Projekte in Österreich zu machen und die Akteure auf der Bundesebene zu vernetzen“, sagt BMVIT-Generalsekretär Herbert Kasser. Derzeit gebe es allerdings keinen Auftrag, das Kompetenzzentrum weiterzuentwickeln. Das habe nicht

zuletzt mit der gegenwärtigen Restriktion am Kapitalmarkt zu tun. Dass die Bereitschaft, PPP-Projekte zu forcieren, von Seiten des Bundes abgenommen hat, bestätigt auch Lukas Stühlinger, Leiter des Infrastruktur-Beratungsteams der Kommunalkredit. Der PPP-Push komme eher aus den Bundesländern. Die Kommunalkredit ist etwa beim steirischen Gesundheitszentrum Gleichenberg und beim burgenländischen Pflegeheim Neudörfel involviert.

Für Stühlinger sind Public Private Partnerships Alltagsgeschäft, dennoch erfordert jedes einzelne Vorhaben eine maßgeschneiderte Lösung. Dabei nimmt die Bank, die sich auf die Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen spezialisiert hat, zwei unterschiedliche Rollen ein: Auf der einen Seite ist sie Kreditgeber für Gesellschaften, die PPP für die öffentliche Hand abwickeln. Auf der anderen berät die Kommunalkredit bei der Entwicklung und Strukturierung von PPP-Projekten – je nach Auftraggeber – die private Seite oder die öffentliche Hand. Doch nicht alles sei PPP-tauglich, denn „derartige Vorhaben machen meistens ab einer Investitionssumme von 10 Millionen Euro Sinn“, so Stühlinger.

Vorreiterprojekt „Y“

Rein finanzielle Notlösungen sind PPP-Projekte jedenfalls nicht, da sie sich für den Staat ebenso wie für die privaten Träger lohnen müssen. Mit dem Ziel einer Win-win-Situation wurde z.B. das Projekt Y als erstes öffentlich-privates Autobahnprojekt in Österreich realisiert. (Der Name entstammt der Straßenform, die einem umgedrehten Y gleicht.) Auftraggeber des etwa 945 Mio. schweren Unternehmens war die Asfinag. Den Zuschlag für Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb des ersten Teilstücks der Nordostumfahrung Wiens erhielt 2006 die Konzessionsgesellschaft Bonaventura, die sich aus der österreichischen Alpine Bau, der deutschen Hoch Tief Construction und der französischen Egis Projects zusammensetzt. „In diesem Fall bezahlt die Asfinag ein Verfügbarkeitsentgelt, also nur das, was sie wirklich bekommt, nämlich die Benutzbarkeit der Straße für die Öffentlichkeit“, erklärt Sebastian von Wahl, Geschäftsführer der

Bonaventura Straßenerrichtungs-GmbH. Eröffnet wurde der erste Abschnitt plangemäß am 30.10. d.J. Anfang 2010 soll die gesamte Strecke nach knapp drei Jahren Bauzeit dem Verkehr übergeben werden. Begleitet war die scheinbar reibungslose Durchführung allerdings von massiven Protesten einiger Aktivisten; die Besetzung der Lobau führte gar zu einer Verzögerung der Probebohrungen.

Herbert Kasser vom BMVIT lobt das Autobahnprojekt heute als „sehr gut aufgesetzt und mit europaweitem Modellcharakter“. Er weist jedoch darauf hin, „dass die lange Vertragsdauer über einen Zeitraum von 30 Jahren durch die hohen Transaktionskosten und den verminderten Gestaltungsspielraum auch Nachteile mit sich bringt“. Gegenwärtig habe die angespannte Kapitalmarktlage eine Auswirkung auf PPP im Infrastrukturbereich: Die Asfinag finanziere sich zu Bundeskon-

„Dass das BMVIT kein Treiber in Richtung PPP ist, liegt an unserer Struktur.“

Herbert Kasser, BMVIT



BMVIT



**Vergaberecht.
Chance, nicht Bürde!**

Ja, es gibt sie:

Erfahrene ExpertInnen

für Vergaberecht und Vergabewesen im öffentlichen Bereich

- die Ihre Ziele und Vorstellungen praxisgerecht umsetzen,
- die flexible Lösungen finden und umsichtig begleiten,
- die höchste juristische Kompetenz mit langjähriger Kenntnis der Anforderungen öffentlicher Auftraggeber verbinden,
- für die auch die rechtlichen Neuerungen 2010 kein Problem darstellen.
- Sicher, effizient, effektiv.
- Kostengünstig und zuverlässig.

TERZAKI Unternehmensberatung

Verfahren, die gestalten.

„PPP-Projekte machen meistens ab einer Investitionssumme von zehn Millionen Euro Sinn.“

Lukas Stühlinger, Kommunalkredit



Kommunalkredit

ditionen und somit entstehe für den Privaten ein noch größerer Finanzierungsnachteil. „Ein weiterer Grund, weshalb das BMVIT kein Treiber in Richtung PPP ist, liegt an unserer Struktur – wir haben die Investitionsverantwortung und die Finanzierung in Form der Asfinag und der ÖBB bereits ausgegliedert“, erklärt Kasser.

Modelle

Die gemeinschaftlichen Vergaberegeln sind wesentliche Grundlagen für PPP, sprich: PPP-Projekte bedürfen einer EU-weiten Ausschreibung, bevor private Bieter zum Zug kommen. Die Abwicklung kann auf unterschiedliche Arten erfolgen – vom Betreiber-, bei dem die öffentliche Hand bezahlt und bestellt, bis hin zum Konzessionsmodell. Letzteres besagt, dass der private Konzessionär die Anlage betreibt, die Dienstleistung an Stelle der öffentlichen Hand erbringt und dafür Entgelt einhebt. Marc Schimpel, Haushalts-Experte der Kommunalkredit: „Bei einem konventionellen Projekt kauft der Staat etwa eine Brücke, ein Gebäude oder eine Straße. Bei PPP kauft er eine Dienstleistung, etwa die Verfügbarkeit einer Straße mit all dem, was dazu gehört.“ Funktionalisieren PPP, dann garantieren sie dem Staat ein „Rundum-Sorglos-Paket“, während die Vorteile für den privaten Partner in der Verlängerung der Wertschöpfungskette sowie in der Stabilität der Kundenbeziehung zur öffentlichen Hand liegen.

PPP im Bildungsbereich

Die Errichtung eines Bildungscampus am Gelände des ehemaligen Nordbahnhofs ist gegenwärtig eines der PPP-Pilotprojekte im Wiener Raum: Auf 14.000 m² entsteht eine 17-klassige Ganztagsvolkschule und ein Kindergarten mit 11 Gruppen inklusive großzügiger Freiflächen. Die Stadt Wien hat dabei ihre internen Kompetenzen gebündelt und ihre Mitarbeiter mobilisiert – von der MA 5 (Finanzabteilung) über die MA 34 (Gebäudemanagement) bis hin zur MA 10 (Kindergärten) und MA 56 (Schulverwaltung). Aus EU-weiten Ausschreibungen gingen die privaten Projektträger – das Architekturbüro Kaufmann Wanas, die Baufirma

Porr, die Bank Austria Real Invest und die Hypo Niederösterreich – hervor. „Wir hatten von Beginn an einen sehr ambitionierten Zeitplan: Im April 2007 gab es den Grundsatzbeschluss im Gemeinderat, für die Eröffnung des Bildungscampus wurde September 2010 festgehalten. Trotz unserer drei EU-weiten Vergabeverfahren liegen wir nach wie vor in der Zeit“, sagt Wolfgang Bartsch, MA 5-Projektleiter.

Erneuter Anlauf mit PPP

Heimliche Wahrzeichen für Innsbruck hat Star-Architektin Zaha Hadid mit den neuen Stationen der Nordkettenbahn und ihren geschwungenen Glasdächern (s. Bild S. 22) geschaffen. Die Erneuerung war allerdings ein heikles Thema: Nach einigen gescheiterten Sanierungsversuchen war 2003 die Zeit reif, die „Nordkettenbahnen neu“ mittels PPP umzusetzen. Das gesamte Vorhaben umfasst neben einer Seilbahn weitere Skilifte und Restaurants, eine Halfpipe sowie Wanderwege und Mountainbike-Abfahrten. Auf privater Seite wurden die Strabag und der Südtiroler Seilbahnbauer Leitner tätig. „Ein Projekt, das in der Innenstadt mit einer Seilbahn beginnt, ist politisch sehr umstritten. Mit Unterschriftenaktionen gegen das Vorhaben ging es tatsächlich heiß her“, erinnert sich Martin Baltes, Geschäftsführer der Nordkettenbahnen, die die Infrastruktur in ihrem Eigentum hält und nun als Vermieter auftritt.

Wie sich künftig in der öffentlichen Hand PPP-Know-how verbreiten wird, ist allerdings noch dahingestellt. Ein Kompetenzzentrum gibt es bereits. Ob es ausgebaut wird und Taskforces nach deutschem Vorbild übernommen werden, muss sich erst zeigen. „Gerade angesichts der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise könnten PPP-Modelle den Staatshaushalt entlasten, ohne die notwendigen Zukunftsinvestitionen in den Wirtschaftsstandort Österreich zu verhindern“, ist Markus Beyrer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, überzeugt. Auf jeden Fall sei eine gute Strukturierung im Vorfeld wichtig, um sich für PPP oder die konventionelle Durchführung zu entscheiden. _____

Kufstein entwickelt Stadtkern

Inmitten der Kufsteiner Altstadt entsteht im Rahmen eines Stadtentwicklungsprojekts das erste echte GreenBuilding in Tirol. Wie ist es zu dem Stadtentwicklungsprojekt gekommen und warum ist dieses Projekt für die Stadt so wichtig? REPUBLIK hat nachgefragt.



Die Kufsteiner Altstadt präsentiert sich ab 2011 aufgewertet und übernimmt mit dem aktuellen Stadtentwicklungsprojekt auch in puncto Umwelt Verantwortung: mit der Bebauung am Fischergries. Sie soll eines der ersten Dienstleistungsgebäude sein, das in Österreich als „GreenBuilding“ ausgezeichnet wird. In Tirol gibt es derzeit noch kein energieeffizientes Gebäude dieser Art, das im dementsprechenden EU-Programm aufgenommen wurde. Die federführende Arbeitsgemeinschaft sowie die Stadtwerke Kufstein als Bauherr wollen mit diesem Projekt Weitblick und Mut beweisen und zeigen, wie zukünftig mit dem Thema Energie umgegangen werden soll.

Raum gesucht

Doch wie ist es zu diesem Projekt überhaupt gekommen? Ideengeber war vor allem die Stadtgemeinde Kufstein.

Als öffentlicher Player suchte sie nach Raum für Bewohner und Touristen. Für diesen Zweck wurde das Kolpinghaus am Fischergries angekauft und gleichzeitig eine Innenstadtgarage geplant. Der Untere Stadtplatz sollte dadurch belebt werden. Zeitgleich beabsichtigten die zwei privaten Investoren Fritz Unterberger und Johann Höger, die auch der Arbeitsgemeinschaft vorstehen, den Stadtkern mithilfe eines multifunktionalen Gebäudes, das Einkaufszentrum, Wohnungen und Büroflächen beinhaltet, aufzuwerten. Zusätzlich sollte ein Veranstaltungszentrum der Evangelikalen Freikirche Kufstein, Räumlichkeiten für Kolpingfamilien und eine großzügige Parkanlage entstehen. Die Arbeitsgemeinschaft wurde von der Firma Jastrinsky GmbH & Co Kommanditgesellschaft als Projektentwickler und -manager begleitet. Zur Umsetzung der Ideen wurde im Jahre 2007 ein internationaler Archi-

tekturwettbewerb ausgeschrieben. Das Architekturbüro Fügenschuh aus Innsbruck konnte diesen für sich entscheiden. Besonders wichtig bei der Planung war die architektonische Verbindung der vorhandenen Bausubstanz mit der neuen, modernen Architektur. „Die Ensemblewirkung der Stadt Kufstein muss durch die Neugestaltung verstärkt werden“, so die Vorgabe von Herbert Marschitz, dem Bürgermeister der Stadt.

Alle Beteiligten an Bord holen

Schon bei der Planung wurden laufend Verkehrsexperten und Raumplaner eingebunden. Auch wenn die Gebäude weder unter Denkmalschutz noch unter Ensembleschutz stehen, wurde das Bundesdenkmalamt in das Projekt einbezogen. Darüber hinaus wurde frühzeitig eine Vielzahl an Projektbeteiligten bzw. -betroffenen aktiv miteingebunden. Für die Zustimmung des Projektes war dieser Schritt ganz wesentlich, wie alle Beteiligten versichern. Aufgrund der gesamtheitlichen Betrachtung des Stadtkerns entstanden dadurch die Fassadengestaltung, die Farbgebung und die Ausbildung der Dachlandschaft. Gerade bei wichtigen Stadtentwicklungsprojekten ist eine professionelle Kommunikation essenziell. Dazu zählen auch eine lückenlose Projektorganisation, aufbereitete Entscheidungsgrundlagen, rechtliche Vereinbarungen sowie eine breite Öffentlichkeitsarbeit – von Infoveranstaltungen begleitet – und laufende Abstimmungsrunden mit den Projektbeteiligten.

Stadt der Zukunft

Die Schaffung von ausreichend Wohn- und Arbeitsraum ist nur eine Aufgabe der Stadtentwicklung. Identifikation und Markenwert rücken zunehmend in den Mittelpunkt des Städtebaus: Neue Formen von Urbanität wenden sich ab von monotonen Zentren und bewegen sich in Richtung Erlebnisraum. REPUBLIK zeigt einen Überblick aktueller Städtebauvorhaben in Österreich.

Der Stummfilm Metropolis zeigte schon recht früh, was Stadtentwickler tunlichst bei ihrer Arbeit vermeiden sollten: Die Schaffung eines technisch entfesselten Orts, der in seiner glatten, monotonen Bauweise, mit seinen überdimensionalen Häuserschluchten und endlosen Straßen wenig zur zwischenmenschlichen Verständigung beiträgt. Stadtentwicklung ist heute zu einem äußerst sensiblen Bereich der Architektur geworden, denn das Bild einer lebenswerten Stadt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewandelt. „Die Stadtentwicklung hat sich mit den Bedürfnissen und Ansprüchen der Leute verändert. Zu diesen Veränderungen gehören die steigende Quadratmeteranzahl Wohnraum pro Person, der zunehmende Motorisierungsgrad, andere Freizeitgewohnheiten und Arbeitsformen“, erläutert Brigitte Jilka, Baudirektorin der Stadt Wien. Der Wohlfühlfaktor veranlasse die Menschen, ein Stadtgebiet als Lebensraum anzunehmen, so Jilka.

Hafencity vs. Nordbahnhof

In Wien konzentrieren sich die größten Stadtbaugebiete auf ehemalige Bahnhofsbauareale oder städtische Randlagen, vor allem in Transdanubien und im Süden, davon namentlich die Seestadt Aspern, das ehemalige Wagner-Biro-Areal in Stadlau und „In der Wiesen“ im 23. Bezirk. „Wien hat stets großen Wert darauf gelegt, möglichst viele Angebote für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu realisieren. Das ist auch der Grund, warum wir im Vergleich mit anderen Großstädten einen niedrigen Segregationsgrad haben“, sagt Jilka. Das Niveau der Stadtentwicklung halte gerade in Wien jedem internationalen Vergleich stand.

Als europäisches Musterbeispiel gilt die Hafencity Hamburg. Sie umfasst 155 Hektar, 100 Hektar davon sind Landflä-

che. Die Mischung aus Büros, Dienstleistungen, Wohnen, Freizeit, Kultur und Bildung ergibt einen lebendigen, urbanen Raum. Die Architektur interpretiert die Bauweise der klassischen Hamburger Speicherstadt neu und setzt auf ein innovatives Energiekonzept.

Aber auch hierzulande gibt es Vorzeigeprojekte. Eines davon ist die Stadtentwicklungszone Nordbahnhof im zweiten Wiener Gemeindebezirk, das größte innerstädtische Entwicklungsgebiet in Wien. Das rund 75 Hektar umfassende Areal wurde von den Bundesbahnen extensiv genutzt und schließlich für die Entwicklung des neuen Stadtteils freigegeben. Im Vorfeld der Wohnbauten wurde am Gelände des ehemaligen Nordbahnhofs der Rudolf-Bednar-Park mit einer Gesamtfläche von 31.000 m² errichtet, wodurch die Leopoldstadt ein zentrales Naherholungsgebiet erhält. Die Gemeinde Wien hat das Stadtentwicklungsprojekt zum Anlass genommen, den Bedarf an zusätzlichen Bildungseinrichtungen durch den Bau eines Bildungscampus zu decken (s. Beitrag auf Seite 20/21). Derzeit befinden sich etliche Wohneinheiten im Bau, Kindergarten und Schule sollen zeitgerecht im September 2010 eröffnen.

Vom Flugfeld zur Seestadt

Hohe Lebensqualität schaffen – das wollen auch die Planer des jüngsten Wiener Stadtteils. Das brachliegende Flugfeld Aspern im 22. Bezirk, 240 Hektar groß, verwandelt sich gegenwärtig in eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Europas. Inmitten der Centropo-Region soll sich ein „Raum ohne Gesicht“ zur Seestadt Wiens entwickeln, die sich durch eine klare Markenidentität abheben und in ihr räumliches Umfeld einfügen soll. Citybranding heißt dieser Vorgang im Werbejargon, der neue Bilder und Visionen in

„Aspern wird eine durchmischte Stadt – und der Nationalpark Donauauen liegt quasi vor der Haustüre.“

Josef Lueger, Stadtplaner



Godany



den Köpfen der Menschen hervorrufen soll, wenn sie an das ehemalige Flugfeld denken. „Die größte Herausforderung war die Reduktion von Komplexität“, so Thomas Hotko, der für die Aspern-Markenstrategie verantwortlich ist. „Wir haben eine Marke entwickelt, die sich als Bereicherung für Wiens Produktportfolio als Stadt mit hoher Lebensqualität versteht.“

Und man will vieles in den kommenden 20 Jahren in Aspern miteinander verbinden: Wirtschaftsstandort und Erholungsgebiet, Urbanität und Natur, moderne Architektur und alternative Energie. In räumlichen Dimensionen entspricht Aspern der Gesamtfläche des siebten und achten Wiener Gemeindebezirks. 20.000 Menschen werden dort künftig ihren Lebensraum gestalten, auch rund 20.000 Arbeitsplätze sollen rund um den neuen Wiener See entstehen.

Der Masterplan des schwedischen Architekten Johannes Tovatt sieht eine städtebauliche Gesamtstruktur vor, die den urbanen Raum optimal in seine Umwelt bettet. Eine Ringstraße soll alle Hauptzufahrtsstraßen im Gebiet zusammenführen und einen kreisförmigen Straßenraum als Verbindung zwischen Zentrum und Peripherie bilden. Herzstück des Plans ist die grüne Mitte mit einer großen Wasserfläche, lang gestreckten Parkanlagen, Straßen-, Fuß- und Radwegen.

Im ersten großflächigen Ausbau entstehen ca. 2.000 Wohneinheiten, Büros, Handels- und Dienstleistungsunternehmen sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Im Jahr 2010 soll dann die U2

bis zur Station Aspernstraße geführt werden. Bis 2013 werden zwei weitere Stationen in der Seestadt errichtet. Im Jahr 2016 werden die Anschlussstellen an die Autobahn 23 in Betrieb genommen.

„Living Lab“

Vor fünf Jahren wurde eigens die Wien 3420 Aspern Development AG gegründet. Ihr Ziel: Aspern soll sich zu einem urbanen Zentrum mit internationaler Wahrnehmung entwickeln. Kurt Hofstetter, Stadtplaner und Zielgebietskoordinator der Stadt Wien, war von Beginn an in die Entstehung des Projektes einbezogen: „Wenn man gemeinsam versucht, einen innovativen Standort dieser Größenordnung über einen langen Entstehungszeitraum zu entwickeln und Standards für eine ‚Stadt von morgen‘ zu gestalten, braucht es eine intensive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.“ Er sieht in der Seestadt eine Art „Living Lab“, in dem neue Lösungen im Sinne des Klimaschutzes, der Technologieentwicklung, der Mobilität und des Lebensstils zur Anwendung kommen.

Josef Lueger, Stadtplaner von Wien 3420, betont, dass 50 Prozent der Gesamtfläche des neuen Stadtteils öffentlicher Raum seien, während der Schnitt in Wien bei 30 Prozent liege. „Aspern wird eine durchmischte Stadt mit einer umfangreichen Versorgungsinfrastruktur, mit Bildungseinrichtungen, sozialer und kultureller Infrastruktur – und der Nationalpark Donauauen liegt quasi vor der Haustüre“, so Lueger.

Aspern: So soll das ehemalige Flugfeld im Jahr 2028 aussehen.

HINTERGRUND

Aspern – die Seestadt

Fläche: 240 Hektar (auf 9 Hektar soll ein Seepark entstehen)

Fertigstellungsjahr: 2028 (erste Bewohner können bereits 2012 den Stadtteil beziehen)

Wohneinheiten: 8.500

Einwohnerzahl: 20.000

Arbeitsplätze: 15.000 im Dienstleistungssektor, 5.000 im Gewerbe-, Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsquartier

Projektträger: Die Wien 3420 Aspern Development AG (Wien 3420 AG) treibt zusammen mit der Stadt Wien die städtebauliche und infrastrukturelle Planung voran. Benannt wurde sie nach den gerundeten GPS-Sekunden (48° 13' 34" Nord und 16° 30' 20" Ost). Die Wien 3420 AG ist ein Tochterunternehmen der beiden Grundeigentümer – der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) und des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF).



Stefan Grampelhuber und Lukas Wiesböck im Gespräch mit Alastair Campbell.

Fakten alleine sind zu wenig

Er gilt als Vater des Spin-Doctoring: Alastair Campbell, Kommunikations- und Strategiebeauftragter der britischen Regierung unter Tony Blair, galt lange Zeit als inoffizieller Vize-Premierminister des Inselstaates. Bei einem Besuch in Wien sprach er mit REPUBLIK über klare Botschaften, seine Facebook-Affinität und die „Dickes Lob“-Strategie bei Viktor Klima.



Gibt es Ihrer Meinung nach heute noch Unterschiede in der Kommunikation der öffentlichen Verwaltung und Privater?

Früher gab es eine Trennung zwischen dem an Werten orientierten öffentlichen Bereich und den auf Dienstleistungsqualität fixierten Privaten. Das hat sich geändert. Die Bürger erwarten jetzt beides zugleich. Dazu kommt eine immer mächtiger werdende Medienlandschaft.

Effektive Kommunikation muss daher auf strategischer Ebene ansetzen. Das gilt für die öffentlich-rechtliche Seite, wie für die privatwirtschaftliche. Wichtig ist, sich selbst klar zu machen, was man eigentlich sagen will. Diese Botschaft muss klar und prägnant formuliert sein, damit sie auch alle verstehen und letztlich zu einem integralen Teil der Kommunikation werden.

Gerade im öffentlichen Bereich muss man oft auf aktuelle Ereignisse rasch reagieren. Wie kann man langfristige Kom-

munikationsziele mit kurzfristiger Tagespolitik in Einklang bringen?

Das ist wahrlich ein Problem. Aber gerade deshalb ist eine strategische Herangehensweise so wichtig. Das Medienangebot wird immer größer, man verliert schnell den Überblick. Wer in solch einem Umfeld keinen strategischen Kommunikationsplan hat, wird einfach überrannt. Während unseres ersten Wahlkampfes war es mein Ziel, dass die Zuseher Tony nur in der Ankündigung zu einem TV-Bericht sehen und sofort wissen, worum es gehen wird. Sie sollten ihn schon beim ersten Blick instinktiv mit Modernisierung und Veränderung assoziieren.

Stichwort Veränderung. Wie muss die öffentliche Hand bei Reformprojekten ihre Kommunikation idealerweise angehen?

Es ist falsch zu glauben, dass es ausreicht, einfach die Fakten darzulegen. Es gibt dieses verklärte Bild, dass früher, vor der Stunde der Spin-Doktoren, die Kommunikation noch rein und ursprünglich war. Das ist ein Irrglaube. Besonders dann, wenn man Veränderungen herbeiführen will, wird es immer Gegner geben. Das ist sogar oft der Fall, wenn weitgehender Konsens über das übergeordnete Ziel herrscht. Daher ist es essenziell, die Fakten, die man zur Verfügung hat, nicht nur darzulegen, sondern daraus eine stichhaltige Argumentation zu formen.

Was halten Sie für die größte Stärke des öffentlichen Sektors in Großbritannien?

Den Verwaltungsdienst. Da haben wir mit Sicherheit sehr gute Leute – zumindest zum Teil. Aber es gibt auch Bereiche, in denen wir seit langer Zeit besser werden müssen, z.B. die Modernisierung der technischen Infrastruktur.

Im E-Government ist Österreich europäischer Vorreiter. Die tatsächliche Nutzung ist allerdings gering. Wie kann man den Bürger stärker einbinden?

Man muss die Leute aktiv dazu hinführen. Es ist immer wieder ein Problem, dass Veränderungen zwar in der Theorie

begrüßt werden, es bei der praktischen Umsetzung aber schwierig wird. Man muss beachten, dass man bei kulturellen oder gesellschaftlichen Veränderungsprozessen wie der Nutzung neuer Medien den Menschen auch Zeit geben muss, um sich daran zu gewöhnen. Ich selbst bin das beste Beispiel. Ich habe viele Jahre lang nicht einmal E-Mails geschrieben.

Heute betreiben Sie einen Blog und sind Facebook- und Twitter-Nutzer. Welche Rolle können soziale Netzwerke bei der Kommunikation mit den Bürgern spielen?

Die Möglichkeit der Online-Partizipation, die diese Plattformen bieten, ist sehr wichtig, weil sie das Potenzial hat, passive Befürworter zu aktiven Unterstützern zu machen. Gerade diese Kommunikationsformen sind für Politik und Verwaltung von großer Bedeutung.

Wenn Sie an Ihre aktive Zeit zurückdenken, was verbinden Sie mit Österreich?

Im zweiten Halbjahr 1998, als Viktor Klima den EU-Ratsvorsitz führte, wollten wir ein Zugeständnis von ihm. Ein Informant gab uns bekannt, dass es wichtig wäre, zuvor den Weg in die Öffentlichkeit mithilfe der Kronen Zeitung zu suchen. Das tat Tony dann auch, dort fand man am nächsten Tag die Headline „Tony Blair: Dickes Lob für Klima“. In der Zeit danach sprachen wir nur noch von der „Dickes Lob“-Strategie.

HINTERGRUND

Alastair Campbell

Alastair Campbell (52) war von 1994 bis 2000 Pressesprecher von Tony Blair und ab 2000 drei Jahre lang Kommunikations- und Strategieverantwortlicher der britischen Regierung.

Zuvor war er viele Jahre beim Daily Mirror. Tagebuchaufzeichnungen aus Zeit in der Regierung verarbeitete Campbell in seinem Buch „The Blair Years“.

Heute ist er als Journalist, Autor und Berater tätig.

Kraftfeld Forschung



Spitzenmedizin erfordert Spitzenforschung. Und geforscht wird fleißig in Österreich. Hat sich doch unser Land beispielsweise auf dem Gebiet der Biowissenschaft international einen Namen gemacht. Aber auch die Pharmaindustrie baut ihre Forschungsaktivitäten hierzulande ständig aus.

Wir können mithalten. Die (bio)medizinische Forschung wurde in Österreich in den vergangenen zehn Jahren gezielt ausgebaut. Federführend sind dabei die drei medizinischen Universitäten und die naturwissenschaftlichen Fakultäten. Gefördert werden die Forschungsaktivitäten zum Beispiel vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft, der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft und der Europäischen Kommission. Ein besonders erfolgreiches Beispiel ist das österreichische Genomforschungsprogramm GEN-AU des Wissenschaftsministeriums: Mit 100 Mio. Euro für zehn Jahre ist das Programm das bis jetzt höchstdotierte nationale Forschungsprogramm.

Förderzusagen für einen längeren Zeitraum wünschen sich auch die Wissenschaftler. „Wir Forscher brauchen eine mittelfristige Planungssicherheit. Wir leben in einem Ein- bis Zwei-Jahresrhythmus. Dabei würden wir für unsere Arbeit finanzielle Zusagen bis 2020 brauchen“, sagt Lukas A. Huber vom Biozentrum der Medizinischen Universität Innsbruck. Aber: „Es ist spürbar, dass es von Seiten der Politik die Bestrebungen für eine stabilere Forschungspolitik gibt.“ Bei der zuständigen Stelle im Wissenschaftsministerium gibt man sich optimistisch: „Österreich ist es gelungen, sich im Bereich der Biowissenschaft international als starker Standort zu etablieren.“ Und tatsächlich hat sich das kleine Österreich international damit einen Namen gemacht.

Österreichisches Know-how als Standortfaktor

„Wir haben mitgeholfen, Österreich international als Biotech-Nation zu positionieren“, freut sich Alexander von Gabain. Der Mikrobiologe hat vor elf Jah-

ren seinen Lehrstuhl aufgegeben, um die Biotech-Firma Intercell zu gründen und Impfstoffe zu entwickeln. Heute hat Intercell 420 Mitarbeiter, davon 220 in Wien. „Es gibt hier eine erfreuliche Grundlagenforschungslandschaft. Nicht umsonst haben große Pharma-Forschungsfirmen wie Baxter oder Boehringer Ingelheim Standorte in Österreich“, so Gabain.

Als Zentrum für Krebsforschung hat etwa das Boehringer Ingelheim Regional Center Vienna internationale Bedeutung. 2008 wurden für die Forschung am Wiener Standort immerhin 74 Mio. Euro aufgewendet. Baxter beschäftigt heute mehr als 75 Prozent seiner im Bereich Bioscience tätigen Wissenschaftler in Österreich. Das Zentrum ist mit rund 3.600 Mitarbeitern der größte Unternehmensstandort außerhalb der USA.

„Wir sind nicht nach Österreich gegangen, weil uns hier besonders attraktive rechtliche oder steuerliche Bedingungen geboten werden, sondern weil wir hier die Menschen finden, die das Wissen haben, das wir brauchen“, sagt Baxter-Vorstand Markus Reinhard. „Das Ausbildungsniveau der österreichischen Arbeitskräfte ist exzellent und die Hochschulabgänger sind top ausgebildet.“ Österreich habe ein sehr gutes Ausbildungssystem, meint auch Peter Kowalski, zuständiger Sektionschef im Wissenschaftsministerium (BMWF): „In den Bereichen Medizin, Pharmazie, Biomedizin und Molekularbiologie gibt es ein reiches Angebot an Bachelor-, Master- und Fachhochschulstudien. Darauf aufbauend bieten die heimischen Universitäten internationale Doktoratskollegs an. Die in Österreich ausgebildeten Absolventen können im internationalen Wettbewerb sehr gut bestehen.“

Medizinische Forschungsaktivitäten sind eine wichtige Triebfeder für Entwicklung und Innovation im Land. „Tech-

PERSONALISIERTE MEDIZIN

Jedem seine Medizin

Menschen reagieren unterschiedlich auf Medikamente. Während der eine von einer Behandlung profitiert, wirkt die gleiche Arznei bei einem anderen kaum oder es treten ungewollte Nebenwirkungen auf. „Wenn man heute zum Arzt geht, hat man nur eine 50-prozentige Wahrscheinlichkeit, dass man auf das verschriebene Medikament anspricht“, sagt Nicole Gorfer von der Pharmafirma Roche. Die personalisierte Medizin soll das verhindern. Bevor ein Präparat verschrieben wird, macht der Patient einen Test. Erst wenn klar ist, dass das Medikament wirkt und keine Nebenwirkungen hat, wird mit der Behandlung begonnen.

Die personalisierte Medizin könnte die Behandlung von Rheuma, Alzheimer oder Krebs revolutionieren. Namhafte Wissenschaftler wie Uwe Siebert, der einen Lehrstuhl an der privaten Health and Life Sciences Universität Umit in Hall innehat, arbeitet an entsprechenden Forschungsprogrammen von Roche mit. „In der gezielten Behandlung liegt die große Chance der personalisierten Medizin“, sagt Siebert, „es geht darum, mit weniger Aufwand mehr zu erreichen. So wird weniger Geld für sinnlose Behandlungen ausgegeben und mehr für Therapien, die ein gut austariertes Wirkung-Nebenwirkung-Profil haben.“ Nachsatz: „Medizin wird allerdings nicht gemacht, um Geld einzusparen, sondern um Patienten zu heilen.“



„Mit weniger Aufwand mehr erreichen“: Uwe Siebert

nologien in diesem Bereich entwickeln sich sehr rasch. Daher ist es eine große Herausforderung für die Forschungspolitik, sich stetig auf die aktuellen Entwicklungen einzustellen und kontinuierlich die optimalen Förderinstrumente bereitzustellen“, sagt Kowalski. Er ist sich der Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft bewusst: „Mit neuen Erkenntnissen und Entwicklungen in diesen Forschungsbereichen stellen sich auch immer wieder Fragen in ethischer, rechtlicher und ökonomischer Hinsicht. Die aufwendige Diagnostik geht außerdem Hand in Hand mit der Frage der Finanzierung des Gesundheitssystems.“

Noch mehr Forschung in den Spitälern

Die medizinische Versorgung in Österreich ist ausgezeichnet. „Doch die Quali-

tät der Krankenhäuser könnte noch besser sein, wenn Ärzte verstärkt in die klinische Forschung involviert wären“, sagt Intercell-Gründer Gabain. „Schon in der medizinischen Ausbildung müsste mehr Forschungsarbeit geleistet werden.“ Es gibt im deutschsprachigen Raum wenige medizinische Doktorarbeiten und wenig Forschungsaktivitäten im Turnus oder der Facharztausbildung.

„Die Kosten für die Ausbildung würden sich bald amortisieren. Denn das Geld, das die Gesellschaft hier spart, muss sie später bezahlen“, so Gabain. „Wenn neue Wirkstoffe entwickelt werden, sind die Patienten kürzer im Spital und verursachen weniger Kosten für den Steuerzahler. Die Qualität der Gesundheitsversorgung ist umso besser, je mehr Forschungsaktivitäten es gibt.“

„Die in Österreich ausgebildeten Absolventen können im internationalen Wettbewerb sehr gut bestehen.“

Peter Kowalski, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung



BMWf

Promotion

Wir machen Gesundheit verfügbar

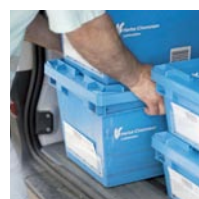
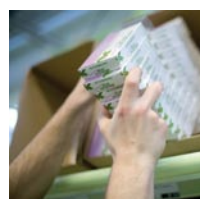
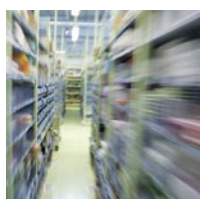
Aus einer Apothekergenossenschaft vor 90 Jahren hervorgegangen, ist die Herba Chemosan Apotheker-AG heute das führende österreichische Handels- und Dienstleistungsunternehmen im Pharmamarkt.

Die Anforderungen steigen ständig. Der Arzneimittelbedarf nimmt durch Bevölkerungswachstum und Alterung stetig zu. Neue hochkomplexe Arzneimittel erweitern den Arzneimittelschatz - gleichzeitig sinken die Preise der meisten Arzneimittel durch die Einführung einer Vielzahl von Generika.

Neue Qualitätskriterien sind gefordert. Alleine jedes zweite Arzneimittel benötigt bereits spezielle Vorkehrungen in der Auslieferung. Der ökonomische und ökologische Aspekt im Distributionsgeschäft tritt in den Vordergrund.

Nicht zuletzt findet eine unaufhalt-same Ausrichtung der Apotheken auf mehr Wettbewerb und höhere Kooperationsbereitschaft statt. Wir als Marktführer im heimischen Phar-

magroßhandel begegnen der Zukunft zielbewusst - durch gewachsene Größe, gelernte Kompetenz und Partnerschaft mit allen Beteiligten im Pharmamarkt.



Pharmaindustrie kämpft ums Image

Die Hysterie um die H1N1-Impfung hat es wieder einmal gezeigt: Die Pharmaindustrie ist der Prügelknabe in öffentlicher und veröffentlichter Meinung. Um das Image zu verbessern hat man anhand einer Spectra-GFK-Studie den Ist-Stand erhoben und Erstaunliches entdeckt.

Es hätte freilich keine breit angelegte Studie gebraucht, um herauszufinden, dass die Pharmaindustrie in der Bevölkerung kein gutes Image hat. Auf den ersten Blick ein Paradox, kümmert sich doch diese Branche um das wichtigste Gut des Menschen – seine Gesundheit. Der Branche geht es natürlich auch darum herauszufinden, wie ein solches Image entsteht, und vor allem, wie man es verändern kann. „Die Umfrage präsentiert interessante Einblicke – wie sieht unser Umfeld die Pharmabranche, welches Image hat die Pharmaindustrie bei jenen Menschen, die in ihr arbeiten?“, so Auftraggeber Robin Rumler, Präsident des PMCA (Pharma Marketing Club Austria) bei der Präsentation der Ergebnisse Ende November in Wien.

Negative Grundhaltung

Befragt wurden 200 österreichische Ärzte und Apotheker, die österreichische Bevölkerung (4.000 Befragte), 80 Politiker und Journalisten sowie knapp 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pharmafirmen in Österreich.

Das spontane Image der Mehrheit der Ärzte, Apotheker, Politiker und Journalisten zur Pharmaindustrie kann als zurückhaltend positiv beschrieben werden oder als positiv mit einer gewissen kritischen Distanz. Die positive Grundhaltung basiert auf der unbestrittenen Anerkennung der Produkte und Unternehmensleistungen und auf der zuverlässigen Versorgung mit Medikamenten. Zudem würdigen die Ärzte die Leistungen der Pharmaindustrie im Bereich der Fortbildung und laufenden Beratung durch Pharmareferenten.

Demgegenüber steht das spontane Vorstellungsbild der Pharmaindustrie in der Gesamtbevölkerung, das stark negativ besetzt und von der Vorstellung des unangemessenen Profits der gesamten Branche geprägt ist. Nur eine Minderheit von 12 Prozent nennt positive Teilaspek-

te wie Forschung und Entwicklung oder die Schaffung von Arbeitsplätzen. Insgesamt zeigt sich bei Politikern und in der Gesamtbevölkerung das deutlich negativste Bild, während Journalisten, Ärzte und Apotheker eine ambivalente Haltung mit durchaus positiven Akzenten signalisieren. Die Detailanalyse zeigt für alle Zielgruppen den Vorwurf der einseitigen Information über Forschungsergebnisse und Medikamente (Zustimmungsrate von über 50 Prozent) und dem damit assoziierten Mangel an Offenheit und Ehrlichkeit, ein mangelndes Vertrauen in das gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein und hohe moralische und soziale Standards von Pharmafirmen sowie eine massive Verneinung, dass Medikamente zu fairen Preisen auf dem Markt verfügbar seien.

Nur eine Minderheit nimmt an, dass Mitarbeitern in Pharmafirmen die Verbesserung der Gesundheit ein echtes Anliegen ist. Journalisten und Politiker verneinen (im Gegensatz zu Ärzten, Apothekern und der Gesamtbevölkerung), dass Pharmafirmen primär den Patienten und deren Gesundheit verpflichtet seien. Nur ein Viertel der Bevölkerung weiß, dass die Pharmaindustrie stark zur Fortbildung von Ärzten und Apothekern beiträgt. Alle anderen Befragtengruppen (v.a. auch die Ärzte und Apotheker) stimmen dieser Aussage aber mehrheitlich zu.

Unwissen schafft Misstrauen

Über alle Gruppen (mit Ausnahme der Mitarbeiter in den Pharmafirmen) zeigt sich, dass das Vorstellungsbild über die Pharmaindustrie von Unwissenheit und einem daraus resultierenden Misstrauen geprägt ist. Die Studie diagnostiziert Wissensdefizite hinsichtlich der Leistungen, die die Industrie für das Gesundheitswesen und Gesundheitssystem erbringt. Es herrscht eine eklatante Unterschätzung der Forschungs- und Entwicklungskos-

ten von Medikamenten sowie eine starke Überschätzung des Kostenfaktors „Medikamentenkosten“.

Doch die Pharmabranche steht nicht mit leeren Händen da: Alle Befragtengruppen, ganz besonders aber die Ärzte und Apotheker haben in erstaunlichem Ausmaß von den Leistungen der Pharmaindustrie profitiert. So berichten fast alle Befragten, dass ihnen Medikamente gute Dienste bei Krankheiten und Schmerzen geleistet haben. Jeder 5. Arzt, Apotheker, Journalist, Politiker und Mitarbeiter in Pharmafirmen ist sogar der Überzeugung ohne Medikamente nicht mehr zu leben. Mehr als die Hälfte der Ärzte und Apotheker, ein Viertel der Journalisten und Politiker sowie knapp ein Fünftel der Bevölkerung sieht für sich persönlich den präventiven Nutzen von Arzneimitteln, der letztendlich zu einer erhöhten Lebenserwartung führt.

Auch in Bezug auf den geschätzten Kostenanteil der Medikamente an den gesamten Behandlungskosten zeigt sich eine deutliche Überschätzung des Medikamentenanteils: Während Journalisten und Apotheker mit 19 Prozent bzw. 16 Prozent am nächsten an den tatsächlichen Kosten (9 Prozent laut IPF) liegen, bewerten Ärzte und Mitarbeiter in Pharmafirmen den Anteil mit 29 bzw. 23 Prozent. Politiker gehen von einem Kostenanteil von 35 Prozent aus und die Gesamtbevölkerung sogar von 41 Prozent.

Anhand der Zustimmung zur Aussage „Die steigenden Kosten des österreichischen Gesundheitssystems beruhen zum Großteil auf den überhöhten Medikamentenpreisen der Pharmaindustrie“ lässt sich verdeutlichen, wie stark sich mangelndes Wissen auf Einstellungen und Meinungen auswirkt: Die Zustimmungsraten zur genannten Aussage ist typischerweise in der Gesamtbevölkerung und bei Politikern am höchsten und bei Apothekern und Journalisten am geringsten. _____

„Unser Ziel: Das beste Gesundheitsunternehmen der Welt“

Fusion von Merck & Co. Inc. und Schering-Plough Corporation: Weltweit in 140 Ländern vertreten. In Österreich wird das neue Unternehmen als MSD firmieren.



MSD Geschäftsführerin
Mag. Gabriele Grom

MSD

Die beiden Pharmaunternehmen Merck & Co. Inc. (USA) und Schering-Plough Corporation (USA) können auf eine lange Geschichte zurückblicken. Eine Geschichte, die viele Gemeinsamkeiten aufweist: Jene von Merck reicht bis ins Jahr 1668 nach Deutschland zurück, 1891 wurde Merck & Co., Inc. in New York gegründet. Schering-Plough hat ebenfalls deutsche Wurzeln. Beide Firmen entwickelten sich im Laufe der Jahre zu führenden internationalen Unternehmen, die innovative Arzneimittel entdecken und produzieren.

Anfang November haben die beiden Firmen nun ihre offizielle Fusion bekannt gegeben und auf globaler Ebene in den USA bereits vollzogen. Das neue Unternehmen wird außerhalb der USA und Kanada als MSD firmieren. So auch in Österreich, wo die beiden Firmen bisher Merck Sharp & Dohme GmbH (MSD) sowie Aesca Pharma GmbH geheißen haben.

Weltweit ist die neue MSD ab sofort die Nr. 2 am Pharmamarkt und ist in 140 Ländern vertreten.

Österreich-Geschäftsführerin Mag. Gabriele Grom ist eine der wenigen Frauen an der Spitze der heimischen Pharmawirtschaft. Sie freut sich über den Zusammenschluss: „Wir gehören nun auch in Österreich zu den führenden Gesundheitsunternehmen. Ich - und mit mir gemeinsam eine Top-Mannschaft - verbürgen uns dafür, dass die Patienten wirklich im Mittelpunkt stehen und auch immer

stehen werden! In Zukunft werden wir uns auf die Erweiterung unseres Angebotes in Bereichen wie Neurologie, Onkologie und Dermatologie konzentrieren. Auch bei anderen Wirkstoffklassen, wie etwa Biologika, werden wir unser Engagement verstärken.“

Der Blick in die Zukunft ist jedenfalls positiv: In der Pipeline des gemeinsamen Unternehmens befinden sich mehr als 15 vielversprechende Produktkandidaten in späten Studienphasen. Schon jetzt ist MSD in vielen Bereichen führend, unter anderem in der Kardiologie, bei Infektionskrankheiten, Diabetes, Atemwegserkrankungen, Impfstoffen und in der Frauengesundheit.

Nachdem die offizielle Fusion auf globaler Ebene erfolgt ist, gilt es nun in den nächsten Wochen und Monaten, den lokalen Integrationsprozess der beiden Unternehmen in Angriff zu nehmen. Die Marschrichtung dabei ist klar. Gabriele Grom über die Zukunft des neuen Unternehmens: „MSD steht für Spitzenleistungen in Wissenschaft und Innovation im Gesundheitsbereich. Unser Ziel ist es, das beste Gesundheitsunternehmen der Welt zu werden!“

Engel-Apotheke, Penicillin & Biotechnologie

- Die Geschichte von Merck begann 1668 in der Engel-Apotheke in Darmstadt, Deutschland. Mit der Auswanderung von George Merck fasste der Familienbetrieb in den USA Fuß – 1891 wurde Merck & Co., Inc. in New York gegründet.

Meilensteine waren die Massenproduktion von Penicillin, die Entdeckung von Cortison, die erste Masernimpfung und die Entwicklung der Statine zur Cholesterinsenkung. Die Fusion mit Sharp & Dohme erfolgte 1953, die Niederlassung in Wien wurde 1972 gegründet.

- Ebenso ist die Geschichte von Schering-Plough deutschen Ursprungs: 1871 gründete Ernst Christian Schering die Schering AG in Deutschland, die in weiterer Folge 1971 mit der amerikanischen Firma Plough fusionierte. Der Zusammenschluss mit dem Wiener Traditionsunternehmen Aesca (gegr. 1947) erfolgte 1972. Historische Errungenschaften waren die Entdeckung der ersten Antihistaminika, Breitbandantibiotika. Zudem gilt Schering-Plough als Pionier in der Biotechnologie.

Erwarten Sie mehr von Ihrer Lebenserwartung.

Wir von MSD glauben, dass Wohlbefinden ein Grundbedürfnis des Menschen ist.

Deshalb arbeiten wir daran, Lösungen für Krankheiten wie Diabetes, Schlaganfall oder Alzheimer zu finden. Und: Wir sind stolz darauf, Medikamente anbieten zu können, die Millionen Menschen zu einer höheren Lebenserwartung verhelfen.

Besuchen Sie uns auf www.msd.at

MSD
Be well

Merck Sharp & Dohme (Gesamth.) Donau-City-Strasse 6, 1220 Wien.
Copyright © 2009 Merck Sharp & Dohme Corp., a subsidiary of Merck & Co., Inc., Whitehouse Station, NJ, USA. All Rights Reserved.
Novelty 11/08/09 2:00 PM 4x16 J. Erard/11. November 2009

Macht uns Europa gesünder?

Das Bewusstsein für gemeinsame Leitlinien in der Gesundheitspolitik hat sich innerhalb der EU erst sukzessive entwickelt. Eine unionsweite Regelung ist erstmals im Vertrag von Maastricht 1992 zu finden. Globale Herausforderungen wie der demografische Wandel und die zunehmende Patientenmigration sprechen für eine verstärkte Koordination auf EU-Ebene.



Die Gesundheitspolitik ist ein sensibler Politikbereich; die Systeme der einzelnen Mitgliedsstaaten und deren Rechtsgrundlagen differieren teils stark. Insofern gilt das Subsidiaritätsprinzip: Die EU greift nur dort ein, wo Probleme auf supranationaler Ebene besser gelöst werden können. So ist es auch bei der Prävention der potenziellen Verbreitung des H1N1-Virus geschehen. Hier tritt die Europäische Kommission als Herzstück der Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten auf. „Die Mitgliedsstaaten haben von der Kommission Empfehlungen bekommen, etwa was die Behandlung von Risikogruppen, Reisebeschränkungen und Schulschließungen in epidemiologisch stark betroffenen Gebieten anbelangt“, erklärt Brigitte Magstris, Leiterin der Abteilung EU-Koordination und Verbindungsdienst im österreichischen Gesundheitsministerium. Österreich habe auf Empfehlung der Kommission vorbildliche Arbeit geleistet.

Voneinander lernen

Die gesundheitspolitische Strategie der EU gilt derzeit für den Zeitraum 2008 bis 2013. „Unser Ziel ist es, durch kontinuierliche Zusammenarbeit die Gesundheitsversorgung in ganz Europa zu verbes-

sern“, sagt die für Gesundheit zuständige Kommissarin Androulla Vassiliou. Zu den gegenwärtigen Prioritäten gehören die Stärkung der Gesundheit in einem alternierenden Europa und der Schutz der Bürger vor Gesundheitsgefahren. Besonders wichtig ist der Kommission der Erfahrungsaustausch zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, zum Beispiel im Bereich der Krebsfrüherkennung und bei der Behandlung von Demenzerkrankungen. Dazu gehört ein kontinuierlicher Best-practice-Austausch. Bewährt hat sich etwa der Info-Austausch bei Fragen der psychischen Gesundheit: Im Rahmen des „European Pact for Mental Health and Well-being“ werden erfolgversprechende Modelle über die Datenbank „Mental Health Compass“ ausgetauscht.

Informierte Patienten

Empfehlend tritt die EU-Kommission in vielen weiteren Bereichen auf, so auch beim Nichtraucherschutz. Hierfür finanziert die Kommission eine EU-weite webbasierte Help 2.0-Kampagne, die primär auf eine junge Zielgruppe ausgerichtet ist. Die gesetzliche Regelung des Nichtraucherschutzes obliegt jedoch den Mitgliedsstaaten. Was die Erhöhung der Transparenz im Gesundheitswesen – auch im Hinblick auf österreichische Reform-

bemühungen – anbelangt, streicht die Kommissarin Patienteninformation, Patientenbeteiligung und Qualitätskontrollen heraus. Informationen sollten neben den Anbietern im Gesundheitswesen auch den Patienten zugänglich gemacht werden.

Mobilität für Patienten

Auf Basis der derzeit gültigen Rechtsgrundlage können neben Empfehlungen des Rates auch im Mitentscheidungsverfahren mit dem EU-Parlament Gesetze erlassen werden. Dass es vom ersten Entwurf zum Gesetz kein einfacher Weg ist, verdeutlicht die geplante Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Sie soll Menschen die Möglichkeit einräumen, Gesundheitsleistungen in einem anderen Mitgliedsstaat in Anspruch zu nehmen und im Heimatland die Kosten nach den dort gültigen Tarifen erstattet zu bekommen. „Von der Richtlinie wird der Patient insofern profitieren“, so Vassiliou, „als er einerseits Klarheit über die Kosten erstattung, andererseits über die Qualität der Behandlung bekommt“. Bis die Richtlinie in Kraft tritt, werden allerdings noch mindestens zwei Jahre vergehen, schätzt Magstris.

Sichere Arzneimittel

Unmittelbar mit der Gesundheitspolitik auf EU-Ebene ist der Arzneimittelsektor verbunden. Für die Beurteilung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln zeichnet die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) verantwortlich. Alle mithilfe hochtechnologischer Verfahren hergestellte Arzneimittel, die zur Anwendung bei Mensch und Tier vorgesehen sind, müssen über ein zentralisiertes Verfahren zugelassen werden. Ist ein Medikament einmal auf dem Markt, wird dessen Sicherheit laufend von EMA überprüft.

Elektromobilität und Denkmalschutz

Der 2007 gegründete Klima- und Energiefonds hat sich als Förderinstrument etabliert. REPUBLIK berichtet über zukunftssträchtige Projekte, die vom Fonds unterstützt werden.



Mit „Vlotte“ leistet Vorarlberg österreichische Pionierarbeit in der Elektromobilität. Der Klima- und Energiefonds des Bundes stellt 4,7 Mio. Euro für dieses Projekt bereit.

Mit Jahresende ist es soweit: 100 Elektrofahrzeuge werden ab dann auf den Straßen Vorarlbergs, der ersten österreichischen Modellregion für Elektromobilität, unterwegs sein. Zeitgleich stehen 50 Ladestationen landesweit zur Verfügung. „Vlotte“ – so heißt das Pilotprojekt – wird mit 4,7 Millionen Euro vom Klima- und Energiefonds gefördert. Einerseits steht dabei die Sammlung von Erfahrungen – etwa über Praxistauglichkeit, Verbrauch, Reichweiten, Servicekosten und verschiedene Akkutechnologien – im Vordergrund, andererseits soll so die notwendige Infrastruktur für erneuerbare Energieträger aufgebaut werden.

Neustrukturierter Fonds

Die Gründung des neuen Klima- und Energiefonds war eines der zentralen Klimaschutzprojekte der neu gebildeten großen Koalition nach der Wahl 2006. Immer mehr entwickelt sich der Fonds zu einer zentralen Förderstelle, die auch einen Knotenpunkt zwischen anderen Förderprogrammen und den operativen Abwicklungsstellen darstellt. Eine Reform im Frühjahr dieses Jahres schaffte schlankere

Strukturen und den budgetären Rahmen. Das Förderbudget des Klimafonds beträgt 2009 121 Millionen Euro. Davon werden 75 Millionen Euro vom Infrastruktur- und 46 Millionen vom Lebensministerium bereitgestellt. 2010 werden es insgesamt 150 Millionen Euro sein.

Die Schwerpunkte sind dabei breit gestreut und genau das macht den Klima- und Energiefonds zu einem anspruchsvollen Unterfangen. Neben Forschung im Bereich nachhaltiger Energietechnologien und Klimawandel sowie Projekten im Bereich umweltfreundlicher Mobilität zählt die Forcierung von Projekten zur Unterstützung der Marktdurchdringung von Energietechnologien zu seinen Aufgaben.

Heuer fällt zum Beispiel die Abwicklung des Programms Anschlussbahnen (12 Mio. Euro), die Förderaktion Photovoltaik (18 Mio. Euro), das F&E-Programm für Neue Energien 2020 (40 Mio. Euro), die kommunale Klimaschutzoffensive (1,5 Mio. Euro) und einige mehr an. Operativ übernehmen die gesetzlich festgelegten Abwicklungsstellen wie der Forschungsförderungsfonds, die Kommunalkredit Public Consulting oder der Austria Wirtschaftsservice die Abwicklung.

Kommunale Projekte

Wie konkret vorgegangen wird, zeigt ein Beispiel aus Graz: Die Sanierung alter, denkmalgeschützter Gebäude nach neuesten Energiestandards ist in allen europäischen Städten ein brisantes Thema. Das Forschungsprojekt „denkMALaktiv“ ermöglicht sowohl Grundlagenarbeit auf diesem Spezialgebiet wie auch die Entwicklung eines Pilotprojektes für ein „Netto-Null-Emissions-Haus“ – das Grazer Franziskanerkloster. Der Klima- und Energiefonds unterstützt die Stadt Graz mit einer Förderung von über 1 Million Euro.

Wenn der ATX steigt

Ohne Führerschein lassen sich die Wenigsten hinterm Steuer erwischen. Das eigene Vermögen wird hingegen oft mit weniger Know-how gelenkt. Ein Schulungsprogramm soll jungen Menschen nun grundlegendes Rüstzeug im Umgang mit Kreditraten, Aktienmärkten & Co. geben.



„Der Finanzführerschein hilft, die nötige Skepsis gegenüber unrealistischen Versprechungen zu entfalten.“

Maria Reiffenstein, Sozialministerium (Sektion Konsumentenschutz)



Andreas Penkler

„Geld erwerben, erfordert Klugheit. Geld bewahren, erfordert eine gewisse Weisheit.“ – Dieses Sprichwort beinhaltet viel Wahres. Denn mit Geld verantwortungsvoll umzugehen, ist nicht jedermanns Sache. Ein Manko, das viele nur allzu gerne beheben würden. Das Wissensportal finanzverband.at versucht nun, österreichischen Schülern die „uncoole“ Welt von Haftpflichtversicherungen, Derivaten und Genussscheinen zielgruppengerecht schmackhaft zu machen. Das integrierte Angebot, einen so genannten „FDL-Finanzführerschein“ zu machen und ihr Wissen so auch zu überprüfen, soll gerade junge Menschen davor schützen, böse Überraschungen zu erleben.

Laut Gerhard Weibold, Testerfinder und Finanzportalgeschäftsführer, haben sich die Zugriffszahlen innerhalb des ersten Jahres positiv entwickelt: „Das Interesse der Österreicher an Finanzthemen ist sensationell. Wir hatten bereits 150.000 Besucher und mehr als drei Millionen Antworten.“ Dabei gilt es, eine Reihe von Fragen zu beantworten, bei denen selbst viele Erwachsene ohne Vorbereitung nicht auf Anhieb eine Antwort wissen. Nur ein Beispiel: „Lassen Zinseszinsen das Kapital eines Sparbuches im Zeitablauf depressiv steigen – richtig oder falsch?“ Insgesamt kann man bis zu 250 Fragen versuchen. Die Erfolgsquote liegt bei 73 Prozent. Der Versicherungsverband

(VVO) betreibt seit einiger Zeit ebenfalls „Financial Education“ in Form von Infobroschüren für Versicherungsnehmer und stellt Schulen damit Hintergrundmaterial zur Verfügung. „Das fällt auf fruchtbaren Boden“, so Christian Eltner von der VVO-Informationsstelle.

Wissen ausbauen

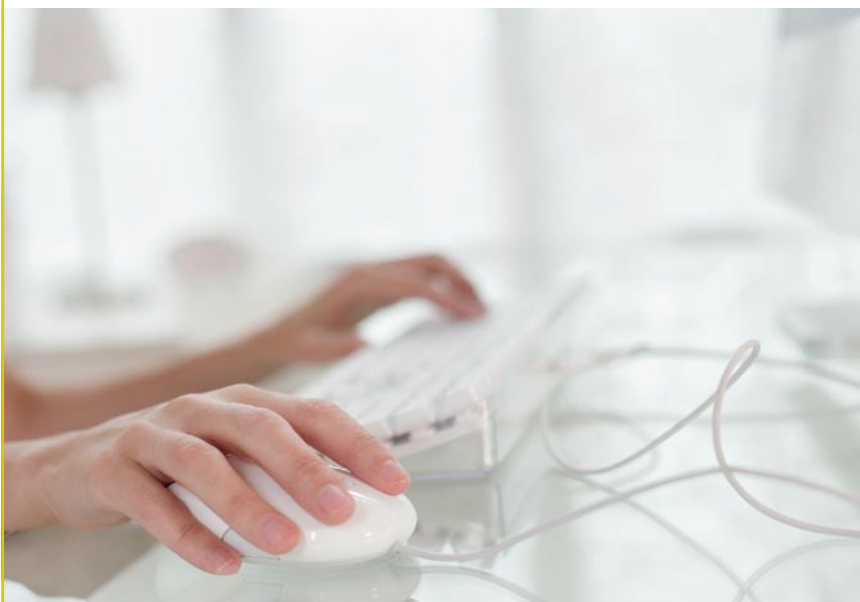
„Der Finanzführerschein ist nicht nur für Verbraucher wichtig, um die nötige Skepsis gegenüber unrealistischen Versprechungen bei Finanzprodukten zu entfalten. Er ist für alle ein essenzielles Instrument, um den Bildungsgrad im Bereich Finanzwissen zu erhöhen“, sagt Maria Reiffenstein, Leiterin der Sektion für Konsumentenschutz im Sozialministerium (BMASK). Das BMASK konnte, wie auch das Unterrichtsministerium, die Wirtschaftskammer und einige Onlineportale von Tageszeitungen und weiteren privaten Trägern als Kooperationspartner der Initiative gewonnen werden.

In einer Allianz mit dem Unterrichtsministerium wurde z.B. eine Akkreditierung für rund 500 Schulen in Österreich vereinbart, wo in wirtschaftlichen Fächern der Inhalt durchgenommen und von den Schülern zuhause online vertieft wird. Zum Abschluss folgt eine Online-Prüfung, die der „echten“ Führerscheinprüfung nachempfunden ist. Direktoren müssen davor Lehrer als „Prüfer“ anmelden, diese registrieren wiederum ihre Schüler als Prüflinge.

Wer die Prüfung besteht, erhält den Finanzführerschein und damit eine Bestätigung, grundlegende Begriffe aus der Finanzwelt richtig zuordnen zu können. Heidrun Strohmeyer, die zuständige Bereichsleiterin im Unterrichtsministerium: „Finanzwirtschaftliche Entscheidungen begleiten unser Leben und prägen unseren Lebensstandard. Der Finanzführerschein ist ein Garant für qualitätsgesichertes Wissen zu finanzwirtschaftlichen Fragestellungen.“

Jobmotor IT

Trotz Krise gibt es Grund zur Freude: In den nächsten vier Jahren wird die IT-Industrie bis zu 14.000 neue Jobs in Österreich schaffen. Das besagt eine aktuelle IDC-Studie. Die aktuellen Wirtschaftsprognosen, die bereits ein positiveres Bild für die wirtschaftliche Zukunft zeichnen, unterstützen diese Prognose.



„Die IT-Brache ist keine Insel der Seligen, aber sie zählt weltweit und auch in Österreich nach wie vor zu den Wachstumsbranchen“, erklärt Thomas Lutz, Unternehmenssprecher & Manager Public Affairs, Microsoft Österreich. Das Microsoft Partner-Wirtschaftssystem mit seinen mehr als 5.000 Unternehmen in Österreich hat daran einen beträchtlichen Anteil. Mehr als ein Drittel (65.000) der IT-Jobs in Österreich sowie 41 Prozent an IT-Steuerleistung stammen aus dem Microsoft Partner-Wirtschaftssystem. „Für jeden Euro, den Microsoft in Österreich verdient, machen heimische Betriebe 8,39 Euro Umsatz. Das konnten wir in den letzten Jahren gemeinsam ausbauen und damit die Wertschöpfung am Standort Österreich weiter steigern“, freut sich Lutz.

Wachstumsbranche IT

Dass die Nachfrage nach IT- und Software-Dienstleistungen in Österreich nach wie vor groß ist, bestätigt auch der heimische Software-Entwickler TechTalk: „Auch in wirtschaftlich angespannten Zeiten ist Software-Entwicklung gefragt. Denn sie schafft zum Beispiel durch neue Arten der Zusammenarbeit mehr Flexibilität in Unternehmen und garantiert Produktivität und Qualität“, erklärt Andreas Rosenthal MSc MBA, Kaufmännischer Geschäftsführer von TechTalk. „Das Microsoft Partner-Wirtschaftssystem

unterstützt uns auch durch seine Vielfalt an spezialisierten Partnern. Oft sind es gerade komplementäre Partnerschaften, die besonderen Nutzen beim Kunden schaffen.“ Schon jetzt beschäftigt die heimische IT-Branche 174.000 Österreicherinnen und Österreicher. Beachtliche 60 Prozent davon sind bereits im Software-Bereich tätig. Und mit einem anhaltenden Wachstum von jährlich 1,5 Prozent bestätigt sich die IT auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einmal mehr als Jobmotor. Auch die Steuerleistung der IT ist enorm: Sie schafft in Österreich dieses Jahr 7,7 Milliarden an Steuereinnahmen – diese Summe wird bis 2013 um weitere 1,4 Milliarden wachsen.

Information

Die Microsoft Österreich GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Microsoft Corporation/Redmond, U.S.A., des weltweit führenden Herstellers von Standardsoftware, Services und Lösungen. Seit 1991 ist Microsoft mit einer eigenen Niederlassung in Wien vertreten. Seit 2006 verfügt das Unternehmen zudem mit Vexcel Imaging über eine F&E-Niederlassung in Graz. An beiden Standorten beschäftigt Microsoft insgesamt rund 330 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Ziel ist es, gemeinsam mit mehr als 5.000 heimischen Partnerunternehmen, Menschen und Unternehmen zu ermöglichen, durch Software ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

Eine österreichische Lösung

Der neue biometrische Sicherheitsreisepass ist da – und erfreut sich größter Beliebtheit. Dahinter steht eine erfolgreiche Kooperation zwischen den Verwaltungsebenen.



Am 10. September 2009, also fast auf den Tag genau acht Jahre nach den Ereignissen des 11. September 2001, übergab Innenministerin Fekter persönlich den fünfhunderttausendsten biometrischen Sicherheitspass in Dornbirn. Die von den USA ausgehenden drastisch erhöhten Sicherheitsanforderungen wurden in Folge von 9/11 fast kompromisslos an die EU-Mitgliedsstaaten kommuniziert. Jene Staaten, die daran interessiert waren, ihre Bürger weiterhin in den Genuss einer unkomplizierten Einreise in die USA kommen zu lassen, drängten auf eine einheitliche EU-weite Regelung. Die europäischen Reisedokumente der Zukunft sollten den international erhöhten Sicherheitsstandards entsprechen.

Konkretes Ziel war, die Fälschungssicherheit der Reisepässe durch die Integration biometrischer Merkmale und elektronischer Lesbarkeit zu gewährleisten. Eine bereits im Jahr 2000 geschaffene EU-Richtlinie, die Mindeststandards für EU-Pässe festschrieb, diente hierfür als Basis. Am 18. Januar 2005 wurden diese

Vorgaben durch eine weitere EU-Richtlinie präzisiert. Den Mitgliedsstaaten wurden dabei Fristen gesetzt, um sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen. Der elektronisch lesbare Reisepass, der in Österreich erstmals im Juni 2006 ausgestellt wurde, war bereits mit einem Chip ausgerüstet. Darauf konnte das Passfoto, das speziellen, strengeren Vorgaben als bisher entsprach, elektronisch gespeichert werden. Mit dem neuen, am 30. März 2009 eingeführten Sicherheitsreisepass werden nun auch die Fingerabdrücke der beiden Zeigefinger gespeichert. Der aktuelle Sicherheitsstandard ist nun state-of-the-art.

Ein gemeinschaftliches Projekt

Bei einem so umfassenden, praktisch alle EU-Bürger betreffenden Projekt war bereits zu Anfang klar, dass nicht alle Beteiligten mit den neuen Pässen glücklich werden. Gerechtfertigte Kritik kam naturgemäß zuerst von den Datenschützern. Die zentrale Speicherung von biometrischen Daten praktisch aller EU-Bür-

ger war ein Schreckensgespenst, das nicht nur eingefleischten Datenschützern eine Gänsehaut bereitete. Um diese Ängste zu zerstreuen, musste legislativ und praktisch sichergestellt werden, dass ein Missbrauch nicht stattfinden könne. Höchste Sicherheitsvorkehrungen wurden vorgeschrieben, die Umsetzung allerdings obliegt den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten.

Auf Nachfrage von REPUBLIK bestätigen alle beteiligten Partner – von den mit der Antragstellung teilweise betrauten Gemeinden über die Bezirkshauptmannschaften und das Innenministerium bis zur Österreichischen Staatsdruckerei, dass der Schutz der sensiblen Daten der Antragsteller durch strengste Sicherheitsvorkehrungen gewahrt bleibe. So bilanzieren alle Partner weiters, dass die Zusammenarbeit insgesamt hervorragend sei. Verhaltene Kritik kommt allein vom Gemeindebund, der bereits im Vorfeld der Gesetzesfassung kritisch anmerkte, dass auf kleinere Gemeinden ein beträchtlicher Mehraufwand zukomme, der diesen nicht abgegolten werde, da sie nicht verpflichtet seien, diesen Service anzubieten. Von den Gebühren für einen neuen Sicherheitsreisepass bleibt nichts in der Gemeinde hängen, obwohl dort zusätzliche Kosten für Fingerabdruckscanner, moderne IT und Arbeitszeit anfallen.

In manchen Bundesländern wie in Salzburg wurden inzwischen Vereinbarungen mit dem Gemeindebund getroffen, die eine Abgeltung vorsehen. Allerdings sind dies begrüßenswerte Ausnahmen. Christoph Stark, Bürgermeister der Gemeinde Gleisdorf, bietet etwa den Passservice aus Überzeugung an, obwohl seine Gemeinde dafür keine Abgeltung erhält. „Die Antragstellung ist mit einem nicht unerheblichen Mehraufwand verbunden. Ich betrachte das aber als Bürgerservice ersten Ranges“, sagt Stark.

In Gesprächen betonen Vertreter von Gemeinden gerne, dass es sich um eine „typisch österreichische Lösung“ handle. Selbst sie wünschen sich aber eine für alle Beteiligten komfortablere Lösung. Die Mitarbeiter von kleinen Gemeinden beschäfti-

gen sich nur selten mit der Antragstellung für Pässe, was es ihnen unmöglich macht, Erfahrung zu sammeln und Routine zu bekommen.

Alles ist gut

Ein weiterer Kritikpunkt, der von Seiten der Biometrie-Experten kam, war, dass die Verarbeitung der so genannten Papillarlinienabdrücke gerade der beiden Zeigefinger aus fachlicher Sicht nicht unbedingt die beste Wahl sei. Dem stand jedoch die in den USA bereits eingeführte Praxis entgegen. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die nächste Passgeneration zusätzlich den unter Fachleuten als besonders sicher eingestuften Irisscan beinhalten könnte.

Die neue Vorschrift, dass Kinder von nun an nicht mehr in den Reisepass ihrer Eltern eingetragen werden können, wurde wegen der Mehrkosten für Familien kritisiert, erfüllt aber einen wichtigen Zweck. Kindesentführung und Kinderhandel sollen somit schwieriger werden. Eine im vergangenen Jahr publizierte Umfrage von GfK fand allerdings heraus, dass 73 Prozent der Befragten damit einverstanden sind, dass biometrische Daten im Pass gespeichert werden, wenn es der Sicherheit diene.

Selbst die Kosten von rund 70 Euro sind trotz des höheren Aufwands gleich geblieben. Der Bürger scheint also mit dem neuen Sicherheitsreisepass kein Problem zu haben. Um auch die Gemeinden vollends zufriedenzustellen, bedarf es wohl einer generellen Neuordnung der Zuständigkeiten, die Teil einer umfassenden Verwaltungsreform sein sollte. Selbst die Bürgermeister, die Details am Procedere bemängeln, sind insgesamt nicht unzufrieden mit der guten Zusammenarbeit aller Beteiligten. Im Vergleich mit europäischen Nachbarländern, wo zwischen Antragstellung und Übergabe des neuen Sicherheitsreisepasses auch mal ein paar Wochen vergehen, erhalten ihn österreichische Staatsbürger recht rasch. Für 40 Euro extra gibt es den Expresspass innerhalb von drei Werktagen. Ein Spitz-



Astrid Bartl

Christoph Stark,
Bürgermeister Gleisdorf

„Das ist ein Bürgerservice ersten Ranges.“

HINTERGRUND

So läuft's konkret

Frau Österreicher lebt in Gleisdorf in der Steiermark und benötigt einen neuen Reisepass, da ihr abgelaufen ist. Sie könnte sich mit ihrem Anliegen an jede Bezirkshauptmannschaft wenden. Der Weg zur für sie zuständigen BH in Weiz dauert jedoch ca. 20 Minuten. Daher entscheidet sie sich für den Bürgerservice ihrer Heimatgemeinde. Hierher bringt Frau Österreicher ihren abgelaufenen Pass, ein aktuelles, den neuen Bestimmungen entsprechendes Passfoto sowie den Nachweis für ihren kürzlich erworbenen akademischen Grad. Denn nur die von den bisherigen Angaben abweichenden Informationen müssen nachgewiesen werden.

Des Weiteren bestätigt sie mit ihrer Unterschrift, dass sie damit einverstanden ist, der Gemeinde ihre Fingerabdrücke ausschließlich zum Zwecke der Antragstellung zu überlassen. Mit dem von der Gemeinde eigens angeschafften Scanner werden Frau Österreicher nun die Fingerabdrücke abgenommen. Der abgelaufene Pass wird derweil entsorgt. Nun gilt es rasch zu arbeiten, denn das BMI verspricht den Bürgern ihren neuen Pass innerhalb von fünf Werktagen. Dokumente und Angaben werden geprüft und teilweise elektronisch teilweise physisch an die eigentlich zuständige Bezirkshauptmannschaft in Weiz weitergeleitet. Diese prüft ein zweites Mal und leitet wieder alle notwendigen Informationen über eine sichere Datenleitung an das Innenministerium (BMI) und an die Staatsdruckerei weiter. Im BMI landen die sensiblen Daten in einem Hochsicherheitsraum, wo sie für acht Wochen gespeichert werden, um in der Lage zu sein, den Pass erneut auszustellen, falls dieser etwa auf dem Postweg verloren geht. Danach werden sie vernichtet. Die Staatsdruckerei schickt den fertigen Pass dann direkt per RSb-Schreiben an die von Frau Österreicher angegebene Büroadresse, wo sie ihren neuen Pass fünf Tage nach Antragstellung in Empfang nehmen kann.

Daniel Düsentrieb auf österreichisch

AUSGEGLIEDERT IN DIE ZUKUNFT

REPUBLIK widmet den aus Bund, Ländern und Gemeinden ausgegliederten Unternehmen eine Serie, die einen Einblick in Geschäftsgebaren, Erfolg und nicht zuletzt in den Umgang mit der Wirtschaftskrise gewähren soll.

Es muss ja nicht gleich die eierlegende Wollmilchsau sein. Egal um welche Erfindung es sich handelt, beim Patentamt kann sie registriert werden. Aber wie erfinderisch ist die Behörde selbst – besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten?

Astrid Bartl



Erfunden und patentiert in Österreich:
Das „Varioscope“ ist das erste Mikroskop, das man direkt am Kopf tragen kann.

Wer die weitläufigen Räumlichkeiten in der Wiener Dresdner Straße betritt, hat nicht das Gefühl, sich in einem Gebäude zu befinden, dessen Name mit „Amt“ endet. Hier, mitten in Wien-Brigittenau ist die österreichische Behörde zum Schutz geistigen Eigentums zuhause. Das vor mehr als 100 Jahren gegründete Patentamt hat heute nicht mehr viel mit dem verstaubten Klischee gemein, das so mancher noch mit dem Begriff „Amtsstube“ verbindet. Der Servicebereich wurde 1994 in einen teilrechtsfähigen Part des Patentamts ausgegliedert, der nach kaufmännischen Kriterien zu führen ist.

Aber macht sich die Krise auch im Patentamt bemerkbar? „Nun, die Marken-

anmeldungen sind zuletzt um neun Prozent gesunken“, muss Friedrich Rödler bei der Beantwortung dieser Frage zugeben. Der Chef der Zentralbehörde fügt jedoch im selben Atemzug an: „Bei den Erfindungsanmeldungen fällt mir bisher kaum ein Unterschied zu den Vorjahren auf, Rückgänge bei den jährlichen Patentgebühren kann ich aber nicht ausschließen.“ Es sei leicht möglich, dass die Firmen krisenbedingt den Sparstift bei den Jahresgebühren für ältere Patente ansetzen, zumal diese mit der Zeit ja immer höher werden.

Gibt aber jemand sein Patent vor dem 20. Jahr ab, hat das Patentamt einen Einnahmeausfall für die restliche Laufzeit. Rödler hofft jedenfalls, dass noch viele jener Patentinhaber, die bisher nicht gezahlt haben, die Möglichkeit einer späteren Einzahlung samt Zuschlag nützen. „Schließlich hat sich die Stimmung in den vergangenen Wochen wieder etwas verbessert und die Unternehmen sind unter Umständen für 2010 wieder zversichtlicher.“

Innovationsfreundliches Gesetz

2010 soll für das Patentamt jedenfalls ein Glücksjahr werden, denn eine lang ersehnte Novelle zum entsprechenden Gesetz steht an. „Um Innovationen zu fördern, werden junge Patente dann die ersten fünf Jahre gebührenfrei sein“, sagt Rödler.

Speziell an Mittelbetriebe richtet sich Discover-ip, eine Serviceaktion in Kooperation mit dem Austria Wirtschaftsservice. Finanziert wird sie von ihrem europäischen Pendant, der EPO (Europ. Patentorganisation). Dabei sollen Experten das geistige Eigentum von Firmen analysieren. Andrea Scheichl, Pressesprecherin des Amtes, führt als Beispiel Know-how-

Transfer an: „Da geht es um Fragestellungen wie: Was passiert mit dem Wissen eines Mitarbeiters, der etwas entwickelt hat, im Falle von Krankheit oder Kündigung?“ In der Krise bilde sich schließlich erst ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür, dass geistiges Eigentum und andere immaterielle Güter Vermögenswerte seien, ergänzt Rödler. „Wenn uns trotz Einnahmerückgängen finanzieller Spielraum bleibt, investieren wir in dieses Anliegen.“

Magere Cash-Cow

Verdienstmöglichkeiten gibt es laut Rödler mit Serv.ip, kurz für Service and Intellectual Property: Im teilrechtsfähigen Dienstleistungsbereich des Patentamtes sind 57 Mitarbeiter tätig und verkaufen erfolgreich ihre Services an Betriebe. Serv.ip prüft beispielsweise, ob Ideen, die ein Unternehmen gerade entwickelt, bereits ein anderer hatte. Darin stecke ein Sparpotenzial für die Wirtschaft: „Ein Viertel der EU-Forschungs- und Entwicklungsgelder werden in den Sand gesetzt, weil sie in vermeintliche Neuheiten investiert werden, die schon längst patentiert sind.“ Das Angebot des Patentamtes reicht dabei von der Expressrecherche über Nachforschungen zum Stand der Technik und regelmäßige Patentbeobachtung bis zum Gutachten zur Rechtsbeständigkeit, um ein Patent anfechten zu können.

„Im Markenbereich bedienen wir tausende, im Patentbereich einige hundert Kunden“, sagt Gottfried Stimmeder, Vize-Chef von Serv.ip. „Auch deutsche Unternehmen greifen gerne auf die Expertise des Österreichischen Patentamtes zurück. Wir haben hier eben die nötige Anzahl von Experten für die Recherchen zur Verfügung. Weltweit gibt es nur 15 Patentämter, die anbieten können, was wir anbieten.“ Zuletzt hat der Dienstleistungsbereich der Behörde insgesamt vier Millionen Euro eingenommen. Dennoch: „Unterm Strich schreiben wir damit gerade einmal eine schwarze Null“, so Rödler. Nachsatz: „Eine sehr schwarze Null.“

Wieso das Geschäft nicht lukrativer ist? Stimmeders Antwort: „Unsere Arbeit ist sehr personalintensiv. An einer Recherche, die wir um 1.300 Euro verkaufen,

arbeiten hoch qualifizierte Mitarbeiter drei bis vier Tage.“ Mehr verlangen möchte man aber dennoch nicht. Rödler: „Wir wollen und können die Wirtschaft nicht abzocken. Das wäre gerade in Krisenzeiten kontraproduktiv.“

Rechtsfrage

Just die florierenden Serviceangebote des Patentamtes kritisierten die Grünen im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage, wie im vorigen Oktober die Tageszeitung „Die Presse“ berichtete. Die rechtliche Grundlage für Gutachten über Patente und Konkurrenzanalysen für Marken würden fehlen, hieß es da. Rödler dazu: „Bereits mein Vorgänger hat diese Leistungen schriftlich angeordnet. Dem schließe ich mich an.“ Christian Weissenburger, der für das Patentamt zuständige Sektionsleiter im Infrastrukturministerium, sieht es ähnlich: „Das gültige Gesetz schließt diese Angebote nicht ausdrücklich aus. Außerdem sind sie im Interesse der Wirtschaft.“ Im Zuge der Novelle zum Patentrechtsgesetz werden die Kompetenzen von serv.ip ab 2010 jedenfalls ausdrücklich erweitert.

HINTERGRUND

Das Österreichische Patentamt

1899 mit der Verabschiedung des Patentgesetzes gegründet, ist die „Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz“ heute das österreichische Kompetenzzentrum für geistiges Eigentum. Über 260 Mitarbeiter arbeiten im Patentamt, es verfügt über 109.000 aufrechte Patente. 2008 wurden 8.360 Marken und 3.488 Erfindungen angemeldet. Sechs von zehn der angemeldeten Schöpfungen werden auch patentiert. Anders als in Deutschland, wo das dortige Patentamt einen siebenprozentigen Rückgang bei den Anmeldungen erwartet, meldet die Behörde für die Monate Jänner bis Oktober 2009 im Vergleich zum Vorjahr sogar eine Steigerung.

Das Patentamt wurde 1994 teilrechtsfähig und hat seither zwei Funktionen – einerseits die Abwicklung behördlicher Verfahren, andererseits Serviceangebote rund um das geistige Eigentum für Unternehmen. Letztere sind nach kaufmännischen Gesichtspunkten anzubieten, dürfen also keine Verluste bringen. Gewinne aus der Teilrechtsfähigkeit muss das Patentamt aber an den Staat abführen – „bis auf angemessene Rücklagen“, so Rödler.

„Es gibt weltweit nur 15 Patentämter, die anbieten können, was wir anbieten.“

Gottfried Stimmeder, Stellvertretender Geschäftsführer von Serv.ip



ÖBf Archiv/Thomas Topf

„In Hinkunft werden junge Patente die ersten fünf Jahre gebührenfrei sein.“

Friedrich Rödler, Patentamt-Präsident



Astrid Bartl

lichtinsdunkel.ORF.at

LICHT INS DUNKEL ORF

Spendentelefon 0800 24 12 09

JEDER



ZÄHLT.

Ihre Spende für LICHT INS DUNKEL ist steuerlich absetzbar.

Forschungszentrum tagt zum Vierziger

Kunstfotografin



In der Mitte: Helfried Bauer wird von Bgm. Häupl geehrt. Thomas Weninger (Städtebund; links) und Peter Biwald (KDZ; rechts) freuen sich auch.

Mit 40 Jahren ist das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung im besten Alter gelandet. Um dieses Jubiläum gebührend zu feiern, fanden sich rund 200 Gäste aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft am 15. Oktober 2009 im Tech Gate Vienna ein. Aber die versammelte Schar durfte sich nicht gleich am reichlichen Buffet laben und die Champagnerkorken knallen lassen. Getreu dem Motto „Erst die Arbeit, dann das Spiel!“ wurde in Vorträgen und Arbeitskreisen zuerst der Frage nachgegangen, was den öffentlichen Sektor so alles in den kommenden 40

Jahren erwarten wird. Den Beginn des ambitionierten Programms machte Marga Pröhl vom European Institute of Public Administration. Sie berichtete über die Konsequenzen des demografischen Wandels in Europa und zeigte auf, wie sich die öffentliche Verwaltung dafür rüsten muss: vermehrte Kooperationen auf europäischer Ebene, Ausbau von Netzwerken und wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Anhand einzelner Beispiele redete Pröhl den Anwesenden ins Gewissen und machte klar, wie Verwaltungsmodernisierung trotz Einsparung möglich ist und

→ INFO

Das KDZ im Überblick

Das heutige „KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung“ wurde 1969 auf Initiative des Städtebundes gegründet. Ehemaliger Name: „Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum“. Dies ist auch der Grund für die Abkürzung, die im Vereinsnamen noch heute integriert ist. Die gegenwärtigen Forschungsgebiete lassen sich mit den Schlagworten Public Governance, Public Management und öffentliche Finanzwirtschaft umschreiben.

1999 wurde das Forschungszentrum reorganisiert und zusätzlich eine Management- und Beratungsgesellschaft gegründet, über die Seminare angeboten und Publikationen herausgegeben werden. In der Präsenzbibliothek des gemeinnützigen Vereins kann man in einer reichen Sammlung von Verwaltungs- und kommunalwissenschaftlichen Werken (8.000 Bücher, 20.000 Zeitschriften) stöbern.

sich daraus auch noch Qualitätsgewinne generieren lassen. In den anschließenden Arbeitsforen herrschten rege Gespräche zu den Themenblöcken „Steuerung von Staat und Verwaltung“, „Finanzierung öffentlicher Leistung“, „Benchlearning“ und „Organisation der Stadtregionen“.

Um 18:00 Uhr war es dann aber soweit: Zuerst überreichte Michael Häupl das Goldene Ehrenzeichen der Stadt Wien an Helfried Bauer, der von 1973 bis 2008 als KDZ-Geschäftsführer tätig war. Danach gab's „gustatorische Genüsse“ zu Musik von DJ Jerri.

BMJ gewinnt E-Government-Award

Gleich zwei österreichische Einreicher setzten sich beim Europäischen E-Government-Award durch, der Mitte November verliehen wurde. Das Justizministerium (BMJ) gewinnt in der ersten Kategorie mit einer IT-Lösung für das europäische Mahnverfahren, das bei grenzüberschreitenden Zivil- und Handelssachen zur Anwendung kommt. Der Nutzen des Projekts, das gemeinsam mit Deutschland eingereicht wurde, offenbart sich in einer enormen Zeit- und Kostenersparnis: In den ersten 5 Monaten wurden so rund 1.200 Forderungen im Wert von 27 Mio. Euro elektronisch bearbeitet.

Die Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG) setzte sich in der heiß umkämpften Kategorie 4 gegen 116 weitere Bewerber durch und errang den 2. Platz. Überzeugen konnte ein E-Shop-System: 2008 wurden damit aus dem BBG-Portfolio Waren und Dienstleistungen im Wert von 829,8 Mio. Euro abgerufen. Mittlerweile sind 12.800 Kunden im System registriert, rund 36.000 Bestellungen wurden 2009 durchgeführt.

Der E-Government-Award wird alle zwei Jahre ausgeschrieben, heuer waren 259 Einreichungen aus 34 Ländern am Start.



Eur. Communities

Martin Schneider (li.) und Wolfgang Fellner vom Justizministerium nehmen den begehrten E-Government-Award entgegen.

Zwischen Bubikopf und Springerstiefel



Herbert Ploberger: „Vor dem Schaufenster“, 1928 (Öl auf Holz)

→ INFO

„Kampf um die Stadt – Politik, Kunst und Alltag um 1930“
Ort: Wien Museum im Künstlerhaus (Karlsplatz 5, 1010 Wien)
Dauer: Bis 28. März 2010
www.wienmuseum.at

In den „Roaring Twenties“ erfuhr die Gesellschaft einen ordentlichen Modernisierungsschub und wurde dynamischer, schneller – und auch greller: Der Verkehr nahm zu, Leuchtreklamen, Filmpaläste und eine US-amerikanisch geprägte Populärkultur ließen ein neues Lebensgefühl aufkommen. Abgeschwächt gab es das auch in der österreichischen Bundeshauptstadt zu erleben – zumindest bis zum gesellschaftlichen Crash, der sich um 1930 ereignete.

Das Wien Museum widmet sich im Rahmen einer groß angelegten Schau der Geschichte und dem Kulturpanorama Wiens der 20er und 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. In „Kampf um die



1932: Öffentliche WC-Anlage im Wiener Gemeinderatswahlkampf



Österreichische Arbeitsschlacht: Plakat der Vaterländischen Front (um 1937)

Stadt“ geht es also um jene entscheidenden Jahre, als die Zukunft der jungen Republik auf der Kippe – zwischen Demokratie und Diktatur – stand. In diesem Zeitraum formierte sich keine nationale Identität: Die politischen, sozialen und weltanschaulichen Gegensätze waren schroff, die Feindbilder zwischen Schwarz, Rot und Braun starb und die Lebensverhältnisse instabil. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit führten zur sozialen Deklassierung und Verunsicherung breiter Schichten.

In der Schau sind Hauptwerke und Raritäten von Oskar Kokoschka, Max Oppenheimer, Alfons Walde oder Otto Rudolf Schatz zu sehen. Darüber hinaus dienen Gebrauchsgrafiken wie Plakate, Fotografien und das damals noch junge Medium Film zur Vermittlung des Lebensgefühls der Zwischenkriegszeit. _____

Unterrichtsministerium vergab Staatspreis für Erwachsenenbildung 2009

Rund 150 Gäste nahmen am 17. November 2009 an der Gala zur Verleihung des Staatspreises für Erwachsenenbildung in der Aula der Wissenschaften in Wien teil, zu der Unterrichtsministerin Claudia Schmied lud. Die Juroren hatten zuvor den nicht einfachen Auftrag, aus 155 Einreichungen die Gewinner in vier Kategorien zu küren. Preisträger der Kategorie „Wissenschaft“ ist Arthur Schneeberger, der mit seinem wissenschaftlichen Gesamtwerk die österreichische Erwachsenenbildung über längeren Zeitraum hinweg nachhaltig prägte. In der Kategorie „Innovation“ konnte sich das Projekt „Kulturlotsinnen“ durchsetzen: Frauen mit Migrationshintergrund erarbeiteten dabei Rundgänge durch ihre subjektiven Lebenswelten und boten im Anschluss Führungen durch einen Linzer Stadtteil

an. Mit dem „Interkultur-Tandem für Polizei und MigrantInnen“, einem integrierten Bestandteil eines 2-semesterigen Lehrgangs, konnte das Internationale Zentrum für Kulturen und Sprachen überzeugen und holte sich den Preis in der diesjährigen Schwerpunktkategorie „Kreativität“. „ErwachsenenbildnerIn 2009“ wurde schließlich Antje Doberer-Bey, die maßgeblich am Aufbau von Angeboten zur muttersprachlichen Alphabetisierung in Österreich beteiligt war.



Staatspreis für Erwachsenenbildung
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
Doris Wyskitensky
T (01) 531 20-25 11
E staatspreis_eb@bmukk.gv.at
www.erwachsenenbildung.at/staatspreis
Der Staatspreis wird auch im Jahr 2010 ausgeschrieben.



Jürg Christandl

Unterrichtsministerin Claudia Schmied verlieh Antje Doberer-Bey den Staatspreis für Erwachsenenbildung, sie ist „Erwachsenenbildnerin 2009“.

Verleihung des European Public Sector Awards 2009

In den ersten Novembertagen wurden die Gewinner des European Public Sector Award (EPSA) 2009 in Maastrich präsentiert. An diesem Wettbewerb können sich sämtliche Ebenen der öffentlichen Verwaltung in Europa beteiligen, gekürt werden die innovativsten Projekte in vier Kategorien.

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission unterstützen fünfzehn Länder – darunter auch Österreich – die höchste Verwaltungsauszeichnung auf europäischer Ebene. Ziel des EPSA ist es, Erfolgsbeispiele aufzuzeigen und im Anschluss für andere verfügbar und anwendbar zu machen.

Den ersten Preis in der Kategorie „Leistungssteigerung und -verbesserung bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen“ gewann Frankreich mit „E-Bourgogne“, einer regionalen E-Services-Plattform für Unternehmen. Deutschland siegte in der Kategorie „Bürgereinbeziehung“ mit dem

„Kölner Bürgerhaushalt“: Im Rahmen dieses Projektes können die Kölner Bürger an der Gestaltung des Budgets mitwirken und Spar- und Ausgabevorschläge zu den Themen „Sport“, „Grünflächen“ und „Straße, Wege und Plätze“ einbringen.

In der Kategorie „Neue Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit“ wurde „Oldham Local Strategic Partnership“ aus Großbritannien ausgezeichnet: Dieses Projekt gibt Unterstützung bei der Bildung von Partnerschaften zwischen öffentlichen Körperschaften und Firmen, um langfristig die lokale Wirtschaft zu stärken. Spanien ist schließlich der Preisträger in der Kategorie „Führung und Management für den Wandel“ mit dem Projekt „Management in the San Cugat City Hall“.

Unter den Finalisten und somit den besten fünf Einreichungen der jeweiligen Kategorie befanden sich auch zwei österreichische Teilnehmer, das „Baby-Urkun-

den-Service“ der Stadt Graz unter der Leitung von Ingrid Bardeau und „klima:aktiv mobil“, ein Projekt der Österreichischen Energieagentur und des Lebensministeriums (Projektleiter Willy Raimund).



Stadt Graz

Das Baby-Urkunden-Service der Stadt Graz erspart Eltern nach der Geburt ihres Kindes lange Behördengänge und befand sich unter den Finalisten des EPSA 2009.

Die schiefe Bahn des Marktes

„Schon wieder ein Buch über die Krise?“ werden manche denke. Genau das wollten Hans Bürger und Kurt Rothschild ursprünglich eigentlich nicht schreiben. Auch wenn dieses Vorhaben nicht ganz gelang, ist das kein Nachteil für das rund 200 Seiten starke Werk.

Herausgekommen ist vielmehr ein Buch, das generelle Begriffe, Strömungen und Zusammenhänge erklärt, von denen ständig die Rede ist und die vielen nur als Schlagworte bekannt sind: Wie funktioniert Wirtschaft wirklich? Hat der Finanzkapitalismus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen den Rang abgelaufen? Kommt Keynes wieder? Was

genau ist Neoliberalismus? Und: Ist er tatsächlich tot? Die beiden Autoren erläutern die wichtigsten Wirtschaftstheorien der letzten 250 Jahre – von Adam Smith über Karl Marx bis Milton Friedman – und machen dadurch erst wirklich nachvollziehbar, wie die freie Marktwirtschaft auf die schiefe Bahn geraten konnte. Aber das Buch begnügt sich nicht mit historischer Wirkungsforschung, sondern versucht zudem darzulegen, wann und mit welchen Hilfsmitteln die hohen Budgetdefizite, die sich in den Staatshaushalten dieser Welt anhäufen, ausgeglichen werden können. Die klare, leicht verständliche Sprache und die gute Struktur des Buches ermög-



licht es selbst Laien, die großen Zusammenhänge zu verstehen und den Blick auf das Wesentliche zu fokussieren.



Hans Bürger / Kurt W. Rothschild: *Wie Wirtschaft die Welt bewegt*. Die großen ökonomischen Modelle auf dem Prüfstand. Lesethek, 209 Seiten, 21,90 Euro

Richtungswechsel

Konkret, praxisnah und orientiert an der Vision eines sozial gerechten und finanzierbaren Gesundheitssystems, erklären Martin Rümmele und Andreas Feiertag in „Zukunft Gesundheit“, wie sich unser Gesundheitswesen kurieren und gleichzeitig verbessern lässt.

Die beiden Gesundheitsjournalisten und Autoren fordern einen radikalen Richtungswechsel: Eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens beginne demnach beim Ausbau der Sozialsysteme, beim Abbau von sozialen Ungleichheiten,

bei Investitionen in Arbeitsplätze, beim Schutz der Umwelt, bei der Absicherung der Menschen vor den (finanziellen) Folgen von Krankheit und vor allem beim Zugang zu besserer Bildung. Das seien die Faktoren – und nicht die Medizin allein – die uns gesund machen und damit auch ein zukunftsorientiertes, wirklich soziales Gesundheitssystem gewährleisten können. Ziel dürfe nicht sein, Krankheit zu verwalten. Das Ziel solle vielmehr sein, die Entstehung von Krankheiten zu verhindern, so Rümmele und Feiertag.



Martin Rümmele / Andreas Feiertag: *Zukunft Gesundheit. So retten wir unser soziales System*. Verlag Orac, 192 Seiten, 19,90 Euro

UN-Verwaltungspreis



2010 wird außerdem ein weiterer internationaler Verwaltungspreis – die United Nations Public Service Awards (UNPSA) – vergeben. Teilnahmeberechtigt sind öffentliche Einrichtungen auf nationaler und auf sub-nationaler Ebene als auch öffentlich-private Partnerschaften und weitere Organisationen, die öffentlich-rechtliche Aufgaben erfüllen. Eine Besonderheit des UNPSA ist das Bewerbungsverfahren: Selbst-Nominierungen sind nicht vorgesehen, die Bewerber müssen also von einer anderen Stelle vorgeschlagen werden. Weitere Informationen

zu den Kategorien und zum Einreichverfahren erhalten Interessierte auf www.unpan.org. In Österreich bekommt man außerdem Hilfe in der Abteilung für Verwaltungsreform im Bundeskanzleramt.



United Nations Public Service Awards 2010

Hilfestellung bei der Einreichung bietet:
Bundeskanzleramt, Abteilung „Verwaltungsreform“
Sandra Kastenmeier
T (01) 531 15-74 35
E sandra.kastenmeier-krula@bka.gv.at
www.unpan.org (unter „Events“)
Einreichungen bis 31.12.2009 möglich

Die EU im WWW

Die Europäische Union und ihre Institutionen bieten eine große Anzahl an interessanten Webportalen und Online-Datenbanken. REPUBLIK stellt fünf Top-Adressen vor.

Europa Search Engine:

http://europa.eu/

Diese Seite soll die Google-Version der Europäischen Union darstellen, denn man erhält über dieses Portal nicht nur Zugang zu den verschiedenen EU-Organen und -Institutionen sondern auch einen Einblick in alle geltenden und in Vorbereitung befindlichen Rechtsakte. Ferner kann man sich so einen Überblick über sämtliche Politikbereiche verschaffen, in denen die EU aufgrund der ihr übertragenen Zuständigkeiten tätig ist. Dieses Webportal steht in allen Sprachen der EU-Mitgliedsländer zur Verfügung.

ECLAS – European Commission

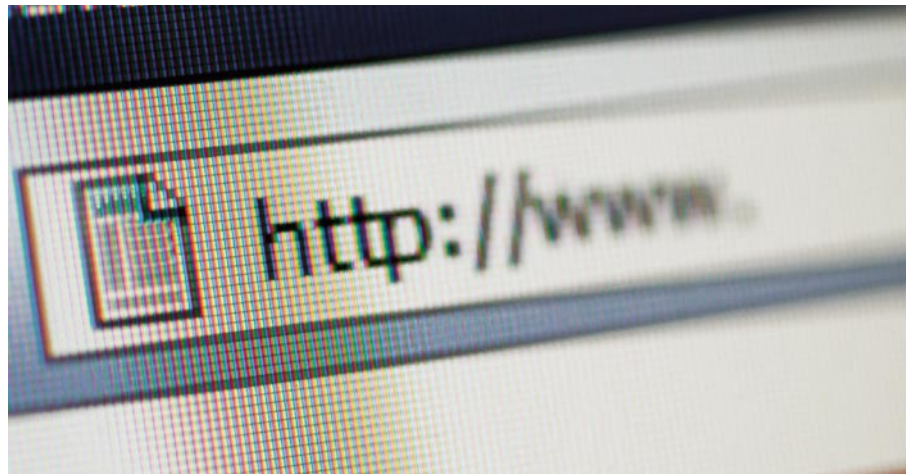
Library: http://ec.europa.eu/eclas

ECLAS steht für „European Commission Library Automated System“ und ist der Onlinedienst der Zentralbibliothek der Europäischen Kommission. Die Bestände der Zentralbibliothek umfassen rund 505.000 Werke und bieten einen aktuellen und historischen Überblick über die jüngste europäische Geschichte und die europäische Integration. Zusätzlich ist darin eine riesige Auswahl an Publikationen von anderen internationalen Organisationen wie UN, OECD oder Weltbank zu finden. Der größte Teil dieser Sammlung kann in Französisch, Englisch und Deutsch abgerufen werden.

EU-Bookshop:

http://bookshop.europa.eu/

Dieses Portal gilt als wichtigster Bezugspunkt für alle Veröffentlichungen der EU-Institutionen, Organe und weiteren Einrichtungen. Mittlerweile ist die Seite in 22 Sprachen verfügbar. Auch an Personen, die lieber festes Papier in Händen halten, wurde gedacht: Neben dem praktischen Pdf-Download kann man nämlich die ausgedruckte Variante bestellen, die laut eigenen Angaben nach spätestens 4 Tagen in ganz Europa eintreffen soll. Das Archiv ist derzeit noch im Auf-



photos.com

bau und deshalb nicht vollständig, der Online-Katalog enthält aus diesem Grund nur Titel der vergangenen 4 Jahre.

PreLex – Werdegang der institutionellen Verfahren:

http://ec.europa.eu/prelex

Mit Hilfe von PreLex kann man den Entstehungsprozess der gemeinschaftlichen Gesetzgebung verfolgen. Das ist anhand amtlicher Dokumente (Vorschläge, Empfehlungen, Mitteilungen) möglich, die die Kommission den Legislativorganen (dem Rat und dem Parlament) oder anderen Organen und Institutionen übermittelt. So sind bspw. der Stand des Verfahrens, die Entscheidungen der Institutionen oder die Namen der beteiligten Personen in einzelnen Dossiers abrufbar. PreLex enthält Informationen ab 1976 und wird täglich aktualisiert.

CURIA – Portal des Europäischen Gerichtshofes: http://curia.europa.eu/

Die Datenbank CURIA (CVRIA) fokussiert die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und der anderen beiden Gemeinschaftsgerichte. Sie bietet u.a. folgende Inhalte: Urteile, Gutachten, Schlussanträge und Beschlüsse der Gemeinschaftsgerichte im Volltext seit 1997. Die Inhalte sind am tagesaktuellen Stand und die amtlichen Sammlungen sind in allen Amtssprachen vorhanden. —

WGKK

GEWERKSCHAFTERIN WIRD OBFRAU

Ingrid Reischl wurde zur neuen Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse gewählt. Sie steht damit – neben Renate Römer von der AUVA – als einzige Obfrau an der Spitze eines österreichischen Sozialversicherungsträgers. Besonders wichtig ist ihr, dass jeder Zugang zum Gesundheitssystem hat und vom medizinischen Fortschritt profitiert. Gleichzeitig will sie Kostendämpfungspotenziale im Gesundheitswesen orten.

Nach ihrem Studium an der Universität Wien wechselte Reischl 1990 zur GPA. In der Gewerkschaft der Privatangestellten wird sie weiterhin den Geschäftsbereich Grundlagen leiten. Die Wienerin ist eine intime Kennerin der österreichischen Sozialversicherung: Seit 1993 vertritt sie die Kurie der Arbeitnehmer in diversen Selbstverwaltungsgremien der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten, des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger und der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt.



WGKK/Ranzmaier

Botschaft

SEKTIONSLEITER WECHSELT NACH LONDON

Emil Brix, derzeit Leiter der kulturpolitischen Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, wird mit Anfang April 2010 als Botschafter nach London übersiedeln. Seine Hauptaufgaben sind dann durch die Bedeutung Großbritanniens als Finanz- und Wirtschaftsplatz, als Angelpunkt für den Dialog mit den USA und als wichtiges Mitgliedsland der Europäischen Union vorgegeben.

Brix war von 1984 bis 1986 Klubsekretär im Parlamentsklub der ÖVP, im Anschluss von 1986 bis 1989 Büroleiter des damaligen Wissenschaftsministers Erhard Busek. Von 1990 bis 1995 war Brix Generalkonsul in Krakau, danach bis 1999 Direktor des Österreichischen Kulturinstitutes in London. Er hat zahlreiche Bücher und Artikel zur österreichischen und europäischen Geschichte veröffentlicht und ist Mitglied des Kuratoriums des Europäischen Forums Alpbach.



Patentamt

PHARMAZEUTIN LEITET BIOPATENT MONITORING KOMITEE

Maria Krenn leitet nun die Geschäftsstelle des Biopatent Monitoring Komitees am Österreichischen Patentamt. Die Einrichtung wurde im Jahr 2005 anlässlich der Umsetzung einer EU-Richtlinie über den Schutz biotechnologischer Erfindungen geschaffen. Hauptaufgabe des Komitees ist die Überprüfung der Auswirkung der Richtlinie auf Menschenrechte, Tiere, Pflanzen und ökologische Systeme sowie der Folgen auf die Landwirtschaft und die nationale Erteilungspraxis im Bereich erteilter Patente.

Krenn obliegt nun die Führung der laufenden Geschäfte des Komitees, die Koordination der Sitzungen sowie die Vorbereitung der Berichterstattung an den Nationalrat. Die Wienerin hat Pharmazie studiert und am Institut für pharmazeutische Chemie promoviert. Seit 11 Jahren ist die Naturwissenschaftlerin als Patentprüferin für das Österreichische Patentamt tätig.



Österr. Patentamt

Finanzministerium 1

GENERALSEKRETÄR LEITET NUN AUCH PRÄSIDIALSEKTION

Im Bundesministerium für Finanzen (BMF) gibt es einige Neubesetzungen. Hans-Georg Kramer, der seit 1. Dezember 2008 bereits Generalsekretär ist, wurde nun auch zum Leiter der Präsidialsektion (Sektion I) bestellt. Die Finanzverwaltung hat sich in den vergangenen Jahren zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen entwickelt. Kramer ist es daher besonders wichtig, diesen Transformationsprozess auch in Zukunft voranzubringen und die Qualität – moderne Verwaltung sowie Bürgernähe als oberste Maxime – zu erhalten und auszubauen.



BMF

Hans-Georg Kramer

Finanzministerium 2

ABTEILUNGSLEITER WIRD LEITER DER SEKTION VI

Heinrich Treer ist Leiter der Sektion VI – Steuerpolitik und materielles Steuerrecht. Nach seinem Studium der Betriebswirtschaftslehre begann er seine Ausbildung in der Finanzverwaltung. Seit 1992 ist Treer Leiter der für Lohnsteuerfragen zuständigen Abteilung VI/7 und seit 1999 zusätzlich Gruppenleiter in der Sektion VI. Ein besonderes Anliegen sind ihm die Kontakte zu den Kollegen der Finanzämter. Durch Steuertage, Steuerdialog und Informationsveranstaltungen ist ihm die Institutionalisierung dieses Austausches bereits gelungen.



BMF

Heinrich Treer

Gesundheits-Cluster

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTERIN LEITET MEDIZINTECHNIK-Netzwerk

Eva-Maria Gillesberger leitet das Gesundheits-Cluster (GC) in Oberösterreich. Die Wirtschaftswissenschaftlerin übernimmt damit das Ruder des größten Netzwerks für Medizintechnik in Österreich und löst Maximilian Kolmbauer ab, der ins Krankenhaus der Elisabethinen wechselt. Die 28-Jährige sammelte während und nach dem Studium Berufserfahrung im In- und Ausland und war in den vergangenen zwei Jahren als Projektmanagerin erfolgreich.

Mit der Gründung des GC im Jahr 2003 setzte das Land Oberösterreich den ersten Schritt in Richtung Medizintechnik. Heute ist das Cluster mit über 200 Partnerunternehmen das führende Medizintechnik-Netzwerk des Landes. Der Gesundheits-Cluster ist eine von neun Cluster-Initiativen der Clusterland Oberösterreich GmbH. Diese gehört zu 60 Prozent dem Land Oberösterreich und zu je 20 Prozent der Wirtschaftskammer OÖ und der Industriellenvereinigung.



Land OÖ

Asfinag

ZWEI NEUE GESCHÄFTSFÜHRER

Seit Mitte November hat die Maut Service GmbH der Asfinag einen neuen zweiten Geschäftsführer: Bernd Datler (s. Bild), bisher als Leiter der Abteilung Systementwicklung tätig, wird diese Führungsagen- den übernehmen. Neben einer Vollbeschäftigung an einer HTL absolvierte Datler sein BWL-Studium. Es folgten ein Trainee-Programm bei Unilever und eine mehrjährige internationale Beratungstätigkeit bei Cap Gemini Ernst & Young, wo er u.a. für das Projekt LKW-Maut in Österreich verantwortlich zeichnete. Er ist seit Jänner 2004 Mitarbeiter der Asfinag und war zuletzt Abteilungsleiter der Systementwicklung.

Mit Rainer Kienreich bekamen auch die 1.500 Mitarbeiter der Asfinag Service Gesellschaften Ost, Süd und Nord einen neuen Chef. Kienreich war bisher Leiter der Abteilung technische Koordination in der Asfinag Unternehmensgruppe. Er arbeitet seit 2006 im Unternehmen und war davor im Dienst des Landes Steiermark.



Asfinag

Finanzamt

JURISTIN WIRD VORSTÄNDIN

Dagmar Singer ist die neue Vorständin des Finanzamtes Salzburg Land. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften sammelte Singer erste berufliche Erfahrungen im Rahmen ihres Gerichtspraktikums und später im Zuge ihrer Beschäftigung bei einer Bank. Im März 1988 wechselte sie in die Finanzverwaltung. Sie begann ihre Laufbahn beim Finanzamt Salzburg Land. Dort war sie in verschiedenen Funktionen tätig, darunter Fachbereichsleiterin und Leiterin der Abteilung Strafsachen und Einbringung. Ende 1996 kam sie in die damalige Finanzlandesdirektion für Salzburg. Hier war Singer unter anderem als Leiterin der Veranlagungsinspektion tätig.



BMF Region Mitte

Zentrum für Verwaltungsforschung

BETRIEBSWIRT WIRD GESCHÄFTSFÜHRER

Peter Biwald (s. Bild) hat die Geschäftsführung des KDZ – Zentrums für Verwaltungsforschung übernommen. Der Betriebswirt und Unternehmensberater begann seine Karriere in der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke (1988 bis 1992) und ist seit 1993 im KDZ tätig. Ein hohes Ziel hat sich der 47-jährige Wiener gesteckt: Das KDZ soll sich unter seiner Leitung zum führenden Kompetenzzentrum für Public Management, Finanzwirtschaft und Stadtwirtschaft in Österreich entwickeln. Als Mitglied des von der Bundesregierung eingesetzten Expertengremiums „Verwaltungsreform“ will Biwald zur Modernisierung des Staates beitragen.

Ebenfalls neu in die KDZ-Geschäftsführung berufen wurde Thomas Prorok, der zuvor als Projektleiter für die Bereiche internationale Kooperation und Qualitätsmanagement verantwortlich war. Der Politikwissenschaftler wird sich vor allem um den Ausbau des KDZ als „Wissenszentrum Public Sector“ und um die Erweiterung des nationalen und internationalen KDZ-Netzwerkes kümmern.



KDZ

Steuerfahndung

FACHVORSTAND LEITET BUNDESWEITE ORGANISATIONSEINHEIT

Thomas Epply ist Vorstand der bundesweiten Steuerfahndung. Der 45-jährige Jurist begann seine Karriere in der Finanzverwaltung im Jahr 1991 als Trainee in einem Wiener Finanzamt. Ab 1994 war er in verschiedenen Finanzämtern als Fachbereichsleiter und Leiter der Veranlagungsabteilung tätig. Nach seiner Tätigkeit im Bundesministerium für Finanzen (Abteilung Steuerverwaltungsmanagement) wurde er im Jahr 2005 Fachvorstand des Finanzamts Wien 8/16/17, bevor er von März bis Dezember 2007 für den Aufbau des Fachbereichs der neu gegründeten Steuerfahndung verantwortlich zeichnete.



HBF

„Ich bin Feuerwehrstadträtin“

REPUBLIK bittet die politischen Top-Entscheidungsträger des Landes zum etwas anderen Wordrap. Dieses Mal spricht Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner über steigende Managerboni, versäumte Auslandssemester und ihre Liebe zum runden Leder.

Sie sind seit über 20 Jahren in der Politik tätig. Was hat sich seit damals für Frauen, die politisch aktiv sind, verändert?

Sehr viel. Politisch aktive Frauen gab es immer, nur arbeiteten sie früher versteckt in der zweiten, dritten Reihe.

Dank einer aktiven Frauenbewegung sind Frauen heute in der Politik auf Augenhöhe mit Männern. Bis zur Gleichberechtigung ist es aber noch ein weiter Weg.

Was ist derzeit die größte Herausforderung in Ihrem Ressort?

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, vor allem bei Jugendlichen in Zeiten einer Weltwirtschaftskrise.

Welche persönliche Veränderung haben Sie sich schon lange vorgenommen?

Mehr Sport zu betreiben.

Was hat Sie an Ihrer momentanen Tätigkeit positiv überrascht?

Dass die Wiener Wirtschaft dynamisch und innovativ ist, das war mir bewusst. Aber die unglaubliche Vielfalt und Breite, gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen in dieser Stadt, das ist schon sehr bemerkenswert.

Und die negative Seite?

Steigende Aktienkurse und Managerboni zählen anscheinend in einem völlig außer Rand und Band geratenen hochspe-

kulativen Wirtschaftsbereich mehr als die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Daher trete ich vehement für eine neue Weltfinanzarchitektur mit einer schärferen Kontrolle und vernünftigen Regulierung ein.

Was würden Sie sich für Österreich in 20 Jahren wünschen?

Dass unser Land ein prosperierender, weltoffener und wissensbasierter Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort ist, der auf sozialem Zusammenhalt, Diversität und einem respektvollen Umgang miteinander fußt.

Welche Entscheidung hätten Sie gerne anders gefällt?

Ich hätte gerne während meines Studiums ein Auslandssemester gemacht. Eine gewisse Zeit in einem anderen Land zu leben erweitert einfach den persönlichen Horizont.

Über welche Tatsache sind Sie am unglücklichsten?

Sorgen bereitet mir die politische Radikalisierung durch die FPÖ. Menschen gegeneinander aufzuhetzen ist abscheulich.

Gibt es etwas, wovon Sie nie genug bekommen können?

Urlaub am Meer!

Sie sind u.a. auch Vizevorsitzende des SK Rapid-Kuratoriums. Was reizt eine Politikerin an Fußball?

Das hat nichts mit meinem Beruf zu tun. Ich war und bin glühender Rapid-Fan.

Gibt es Zeitpunkte, an denen Sie nicht erreichbar sind?

Ich bin in Wien Feuerwehrstadträtin. Daher muss ich für Notfälle rund um die Uhr zur Verfügung stehen. _____



STECKBRIEF

Renate Brauner

Renate Brauner wurde am 23. Oktober 1956 in Wien geboren. Die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerin war direkt nach Abschluss ihres Studiums als Referentin in der Wiener Arbeiterkammer tätig.

Ihre politische Karriere startete Brauner bereits 1983 – als Mitglied der Bezirksvertretung Wien-Margareten. Von 1990 bis 1996 war sie Mitglied des Wiener Landtages, von 1994 bis 1996 trat sie als Landesparteisekretärin der SPÖ Wien in Erscheinung.

Im Anschluss wechselte sie in den Wiener Stadtsenat und war seither für mehrere Ressorts verantwortlich: Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal sowie Tierschutz (1996 bis 2004; seit 2001 bis heute zusätzlich Feuerwehrstadträtin) und Stadträtin für Gesundheit und Soziales (2004 bis 2007). Nach Pensionierung des lang gedienten Finanzstadtrates Sepp Rieder übernahm Brauner dessen Agenden und ist seitdem Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke, zudem Vizebürgermeisterin und Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Renate Brauner ist zudem stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums von SK Rapid.



**Gesagt heißt nicht immer richtig gehört,
gehört heißt nicht immer richtig verstanden.** Konrad Lorenz

Mit uns führt Ihre Kommunikation zum Erfolg. Thierry Politikberatung weiß, wie Sie Ihre Botschaften treffsicher und effektiv vermitteln können. Wir entwickeln eine fundierte Strategie, schlagen wirkungsvolle Maßnahmen vor und achten dabei auf den effizienten Einsatz Ihrer zeitlichen und finanziellen Ressourcen. So stellen wir sicher, dass verstanden wird, was Sie zu sagen haben.


www.thierry.at



THIERRY
POLITIKBERATUNG

Wir verstehen Politik.





Lassen Sie
einfach unsere Textilien
für sich arbeiten.

Miettextil-Service erspart Ihnen Anschaffungskosten der Textilien, sowie Lager- und Logistikkosten. Das Mietsystem bringt Flexibilität bei Personalschwankungen. Salesianer Miettex hat den Servicekreislauf – Abholen, hygienische Reinigung und pünktliche Zustellung – perfektioniert. Führende Position bei Berufskleidung, textiler Versorgung von Gastronomie und Hotellerie sowie im medizinischen Bereich ist das Ergebnis. Unsere Textilien und unser Service arbeiten für Sie.

Miettextil-Service vom Besten.

www.salesianer.com, Hotline: 0800 20 24 30

**SALESIANER
MIETTEX**